

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Mult. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Volksheftkonto:** Leipziger Buchdruckerei U. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. - **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 - Telephon 72206

Insertenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatent die 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorkauf 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Auszüge, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Sturm über Mexiko

Generale führen die Reaktion

In Mexiko muß die Regierung des Präsidenten Portes Gil die Rebellion einer Anzahl Generale niederkämpfen. Der Aufstand ist gut vorbereitet gewesen. Es ist den Führern gelungen, sofort einen Teil der Regierungstruppen und auch Teile der Flotte auf ihre Seite zu bringen. Ihr erster Vorstoß war so erfolgreich, daß die Mehrheit der mexikanischen Staaten sich ihnen angeschlossen. Es scheint aber, daß der Gegenstoß der Regierung die Position der Aufständischen schon erheblich geschwächt hat. Wenn die jüngsten Meldungen über die Kämpfe der Wahrheit entsprechen, dann ist es sehr wahrscheinlich, daß die Regierung in absehbarer Zeit die ganze Bewegung wird niederschlagen können.

Die Führer des Aufstandes haben sich in einem Aufruf als die Vertreter der „Freiheit“ und die „Retter der Nation“ ausgegeben. Sie wollen die „Gewissensfreiheit der Bürger“ wieder herstellen. Darunter verstehen sie die Wiederaufrichtung der Monarchie, die die Kirche früher in Mexiko eingenommen hat. Der Gouverneur von Sonora, der zu den Aufständischen übergegangen ist, hat in einem Manifest bereits förmliche antikommunistische Gesetze außer Kraft gesetzt. Damit ist wohl am deutlichsten der reaktionäre Charakter dieser neuesten Revolution enthüllt. Er wird noch besonders dadurch unterstrichen, daß die Generale erklären, der Aufstand richte sich nicht gegen die jetzige Regierung, als vielmehr gegen den früheren Präsidenten Calles, dem sie noch immer einen außerordentlich starken Einfluß auf die Politik der gegenwärtigen Regierung zuschreiben. Calles ist nach dem Ausbruch des Aufstandes von Portes Gil zum Kriegsminister ernannt worden und es hat den Anschein, als sei es seiner Energie zu danken, daß die militärische Gewalt der Regierung über die der Aufständischen den Erfolg davonträgt.

Am richtigsten schätzt man diese reaktionäre Revolution wohl ein, wenn man sie als den gewaltsamen Versuch der Generale beurteilt, im Bunde mit der Kirche und den Großgrundbesitzern die Bahn freizumachen für eine arbeitserfeindliche und antisoziale Diktatur. Seit der letzten Präsidentenwahl und vor allem seit der Ermordung Obregons ist es in Mexiko zu lebhaften Auseinandersetzungen über die künftige Politik gekommen. Der mexikanische Gewerkschaftsbund, der die stärkste Organisation im Lande überhaupt ist, war die wichtigste Stütze des Präsidenten Calles. Unter seinem Druck wurde eine fortschrittliche Arbeiterorganisation durchgeführt, die freilich infolge der Opposition der Obregonpartei nicht alles verwirklichte, was der Artikel 123 der mexikanischen Verfassung im Jahre 1917 versprochen hatte. Der Gewerkschaftsbund und seine politische Vertretung, die Arbeiterpartei, waren gegen die Wahl Obregons zum Präsidenten. Sie haben sich aber seiner Wahl nicht offen widersetzt, weil eine Stärkung der reaktionären Elemente zu fürchten war. Als nach der Ermordung Obregons Gil zum Präsidenten für eine Zwischenzeit gewählt wurde, verschärfte sich der Gegensatz zwischen Gewerkschaftsbund und Regierung noch mehr. Denn Gil hat als Gouverneur des Staates Tamaulipas mit sozialreaktionären Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft gearbeitet. Der Gewerkschaftsbund hat schließlich Ende des vorigen Jahres alle seine Vertreter aus der Regierung zurückgezogen. Wie richtig diese Maßnahme war, das bezeugte Gil, indem er den Artikel 123 der Verfassung abzuschaffen versuchte und mit großer Eile reaktionäre Gesetze dem Parlament vorlegte. Ob aus diesem Gegensatz zwischen Arbeitern und Regierung die extremsten Reaktionen die Hoffnung abgeleitet haben, daß ihnen ein Vorstoß gelingen wird, ist nicht ganz sicher, aber jedenfalls wahrscheinlich.

Der Präsident muß nun, um der Gegenbewegung Herr zu werden, Calles heranziehen, der noch immer das Vertrauen der Arbeiter besitzt. Da die Amtszeit Portes Gils 1930 bereits wie-

der abläuft, ist seiner Betätigung im Kampfe gegen die Arbeiterschaft eine enge zeitliche Grenze gezogen. Die Arbeiterpartei hat für die im nächsten Jahre fällige Präsidentenwahl den hervorragendsten Führer des Gewerkschaftsbundes, Morones, der der Regierung Calles angehört hat und von den Gegnern am meisten gehaßt wird, als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt. Die Möglichkeit, daß Morones gewählt wird, scheint nun alle Gegner der Arbeiterbewegung, die Militaristen, Großgrundbesitzer, industrielle Bourgeoisie und Geistlichkeit zusammenzuführen, um durch die Anwendung gewaltsamer Mittel die kommende Präsidentenwahl zu verhindern, um ihre „Nation“ vor einem „Vollschweifen“, der Morones nicht ist, zu bewahren. Die jetzige Revolution ist ein solcher Versuch. Auch wenn sie niedergeschlagen wird, wird damit gerechnet werden müssen, daß es zu neuen Aufständen kommt, mit deren Hilfe über Mexiko eine militärisch-arbeitserfeindliche Diktatur ausgerichtet werden soll.

Gegen die reaktionären Rebellen!

SPD Mexiko, 6. März.

Die Regierung erzielte am Dienstagmorgens gegen die Rebellen den ersten großen Erfolg. Ihre Truppen stellten in Oricaba (Veracruz) 500 stark bewaffnete Anhänger der aufständischen Generale und nahmen sie gefangen. Außerdem wurde zahlreiches Kriegsmaterial erbeutet. Es ist bisher jedoch unbekannt, ob und in welcher Form diesem Erfolg ein Kampf vorausgegangen ist. Inzwischen hat die Regierung auch Truppen gegen die anderen meuternden Generale in Marsch gesetzt. Allem Anschein nach plant sie eine Unterdrückung des Aufstandes mit schärfsten Mitteln.

Das Parlament dürfte voraussichtlich schon in den nächsten Tagen einberufen werden, um der Regierung außerordentliche Vollmachten zu erteilen. Unter anderem ist auch an die Aufhebung der Immunität der in den Aufstand verwickelten und in den bisherigen von den Rebellen beherrschten Gebieten wohnhaften Abgeordneten gedacht.

SPD Mexiko-City, 6. März.

Der Erfolg der Regierungstruppen bei Oricaba ist nach den inzwischen hier eingetroffenen Meldungen ohne Weiteres zu begrüßen. Inzwischen haben die Truppen weitere Erfolge erzielt. Von den acht rebellierenden Generälen haben bisher drei die Waffen gestreckt.

Der Entschluß der amerikanischen Regierung, auch weiterhin den Ankauf von Waffen für die regulären mexikanischen Truppen zu gestatten, eine Bekämpfung der rebellierenden Generale jedoch zu verbieten, steigert die Aussichten der Regierung auf eine endgültige Niederwerfung des Aufstandes beträchtlich. Der von dem Präsidenten Hoover gefasste Entschluß hat hier eine außerordentlich günstige Aufnahme gefunden und dürfte die Beziehungen zwischen Amerika und Mexiko in Zukunft noch freundschaftlicher gestalten.

Der Aufstand

TLU Mexiko, 5. März.

Nach den letzten Meldungen aus Mexiko beherrschen die Aufständischen jetzt 10 Staaten und legen einen Gürtel um die mexikanische Hauptstadt, der nur noch dem Stillen Ozean zu offen ist. Telegramme aus Texas, wonach der Präsident Portes Gil und der frühere Präsident Calles gefangen genommen worden seien, werden demontiert. Die Aufständischen haben außer den Indianerstämmen des Nordens auch die Anhänger der liberalen Partei auf ihre Seite gebracht, indem sie alle Kirchen wieder öffneten. Am Washington zu beruhigen, teilten sie mit, daß amerikanische Interessen in Mexiko durch sie nicht angetastet würden. Ihr Hauptziel sei die Ausweisung Calles'. Das Kabinett in Mexiko-Stadt tagt ununterbrochen.

Deshalb hat die Leipziger Messe ein begründetes Interesse daran, so zeitig als möglich zu wissen, mit welchen Einnahmen sie rechnen kann. Eine solche Gewissheit kann ihr aber nur dadurch gewährt werden, daß ihr schon jetzt im Etat, wie im vorigen Etat, eine bestimmte Summe von 800 000 Mark als Reichszuschuß ausgemessen wird. Mit der von Preußen vorgeschlagenen Verschiebung der Entscheidung darüber, wie der Reichszuschuß auf die einzelnen Messen und Ausstellungen verteilt wird, ist ihr daher nicht gedient. Die Vorlage der Reichsregierung trägt dem Bedürfnis der Leipziger Messe besser Rechnung, und die sächsische Regierung bittet daher, von der Änderung abzusehen. Der preussische Antrag wurde angenommen.

Fünf Generale hingerichtet

TLU London, 5. März.

„Sun“ und „Daily News“ berichten, daß fünf Generäle der mexikanischen Revolution in Schantung, die am Dienstag in Tientsin hingerichtet worden. Sie wurden vor ein Kriegsgericht gestellt und nach kurzer Verhandlung zum Tode verurteilt.

10 Jahre Reichswehr

Herr von Seekt über Wehrmacht und Politik

Am 6. März feiert die Reichswehr ihren zehnten Jahrestag. Der einstige Reichswehrminister in Permanenz, Herr G e h l e r, widmet in der Berliner Börsenzeitung diesem Tage einen Gedenkaufsatz, der sich in acht Gehler'schen Redewendungen bewegt. Ihr Charakteristikum war und ist, daß man aus den Darlegungen des Herrn Gehler, je nach Bedarf und je nach der politischen Orientierung, von ungefähr alles entnehmen kann. Der einstige Reichswehrminister warnt zwar, daß sich die Wehrmacht soweit vergessen könnte, dem Staat ihren eigenen Willen aufzudrängen, denn das würde für die Wehrmacht selbst zur „höchsten Krise“ führen, aber Herr v. Seekt liefert unmittelbar den entsprechenden Kommentar dazu.

Herr Gehler sprach ferner vor wenigen Tagen im Deutschen Herrenklub für Nordwestfalen, eine anscheinend sehr exklusive Körperschaft. Wichtiger aber als alles, was Reichswehrminister der Republik von je gesprochen haben, sind die Offenbarungen des eigentlichen Begründers der neuen Wehr, des Generalobersten von Seekt, dem Epigonen Helmuth von Moltkes.

Herr von Seekt ist als der große Schweiger in Stadt und Land bekannt. Eben deswegen aber ist es von besonderem Interesse, wenn er die Hülle seines Schweigens bricht. Er ist der gelehrigte Schüler von Clausewitz, den die preussische Monarchie, nachdem 1815 Napoleon durch die Hilfe der Militärreformer niedergeworfen worden war, in einer Kadettenschule geistig völlig verkümmern ließ.

Von Clausewitz hat das für alle Militärs entscheidende Wort geprägt, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik, nur mit anderen Mitteln sei. Und Herr von Seekt, der Schüler, wandelt getreu in den Bahnen seines Meisters. Ist der Krieg nur die „Fortsetzung“ der Politik mit anderen Mitteln, dann ergibt sich klar und scharf, daß die Wehrmacht die Politik entsprechend beeinflussen muß, noch bevor sie im Krieg „fortgeleitet“ werden soll. Entscheidend ist daher die Außenpolitik, woraus sich gewisse Zusammenhänge zwischen der Wehrmacht und der Außenpolitik notwendigerweise ergeben müssen. Herr v. Seekt, der immer mit soldatischer Offenheit geredet und gehandelt hat, wies in einer Rede, die er am Dienstagmorgens vor der „jungpreussischen Bewegung“ — wie die Tel.-N. berichtet — in Königsberg gehalten hat, auf die ersten Anfänge der Reichswehr hin. Am 3. März 1919, erklärte er, wurde die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte vernichtet. Dies geschah auf den Barrikaden in den Straßen von Berlin, allwo die letzte Welle der spartakistischen Bewegung niedergeschlagen worden war. Der 6. März ist dann der Geburtstag der „ostpreussischen“ Reichswehr gewesen. Und von diesem Tage an proklamierte Herr von Seekt, mehr oder minder scharf betont, das Pr i m a t der Reichswehr in der Außen- und Innenpolitik, trotz all der schönen Reden, die die parlamentarischen Verantwortlichen, die Noske und Gehler, gehalten haben.

Und Herr von Seekt erklärt mit erfreulicher Offenheit, er habe sich schon „während seiner Amisitätigkeit nicht hinter die Verantwortlichkeit der Minister verziehen“. Noch viel weniger werde er jetzt, „als freier Mann das Gefühl der Verantwortlichkeit los“. Der einstige Generaloberst Wilhelm II. hat den Kreis seiner Verantwortlichkeiten reichlich weit gespannt, und die Tradition des Herrn von Seekt ist seither im Reichswehrministerium unermindert in Geltung geblieben. Das zeigte der Inhalt der Gröner-Denkschrift zur Panzerkreuzerfrage, durch die Außenpolitik auf eigene Faust getrieben wurde. Herr von Seekt stellte denn auch offen und ehrlich fest, daß in den Tagen der Gründungszeit

„trotz der Unterstützung durch ostpreussische Wirtschaftskreise die gesamte Innen- und Außenpolitik in den Händen der Militärs gelegen habe“.

Herr von Seekt hat damit nur ausgesprochen, was bisher schon jedem Kenner der Dinge geläufig war. Nicht anders ist es auch dem Gebiete der Innenpolitik. Für diesen Aufgabenteil formuliert Herr von Seekt die Aufgaben der Reichswehr folgendermaßen: „Das Heer dürfe nicht zum willenlosen Diener wechselnder Parteiherrschaft werden.“ Damit ergibt sich eine Reihe von innerpolitischen Fragen, die durch die Reichswehr erörtert werden müßten. Herr von Seekt greift nur zwei heraus, und zwar:

„Die Bedeutung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und die Frage der Wehrhaftmachung, die ja zur Außenpolitik überleitet.“

Der Generaloberst betrachtet also auch alle innerpolitischen Fragen, echt militärisch, nur im Gesichtswinkel der Wehrpolitik, die wiederum den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Außenpolitik bedingt. Darum empfindet Herr von Seekt die Fesseln der Wehrbeschränkung, und zwar „auf unbestimmte Zeit“, drückender denn je. Sie sei schwerwiegender, als die Frage der R e i n l a n d r ä u m u n g. Die Abrüstungspolitik macht Herrn v. Seekt weniger Sorgen, denn von Seekt ist einer der klügsten Leute in der Kaste der internationalen Militärs. Ihm kommt es nicht auf den Soldatenstand in den Kasernen an. Für ihn ist entscheidend das Kriegspotential, die Möglichkeiten kommender Rüstungen, die durch die Entwicklung der Industrie notwendig gekennzeichnet werden. Darum kommt es Herrn von Seekt nur auf „einen Ausgleich der R ü s t u n g“

Leipziger Messe und Reichsetat

Eine Erklärung des sächsischen Gesandten

TLU Berlin, 5. März.

Bei der heutigen Etatsberatung im Reichsrat beantragte zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums der preussische Staatssekretär W e i s m a n n, die Mittel für das Ausstellungs- und Messenwesen zusammenzufassen und die Entscheidung über die Verteilung auf die einzelnen Messen erst später zu treffen. Der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer gab hierzu folgende Erklärung ab:

„Die sächsische Regierung hat die Leipziger Messe nie als eine spezielle sächsische, sondern als eine allgemeine deutsche Angelegenheit betrachtet. Sie ist aber, da die Messe in Leipzig abgehalten wird, am besten über die Bedürfnisse und Wünsche der Leipziger Messe unterrichtet. Daher ist ihr auch bekannt, daß die Leipziger Messe für ihre großartige Organisation im Auslande, die anerkanntermaßen hervorragende Bedeutung für die Steigerung des deutschen Exports hat, dauernde große Verpflichtungen eingegangen ist. Es müssen insbesondere die Miet- und die Gehälter auf Grund langfristiger Verträge weitergezahlt werden.“

Der Reichsetat im Reichsrat

gen" an. „Das Ziel der deutschen Außenpolitik müsse sein, ein Heer entsprechend der Volksgröße und Volksbedeutung, das zur Verteidigung ausreicht, für uns durchzusetzen.“ Und Herr von Seekt macht sich keinerlei Illusionen vor. Von Bedeutung ist seine Interpretation des Kellogg-Paktes. Er stellte fest:

„Wenn das Ziel der Politik die Erhaltung des Friedens sein müßte, so gehörte doch zu den außenpolitischen Mitteln des Staates trotz des Kellogg-Paktes der Krieg.“

Und weil so die Außenpolitik das entscheidende sei, darum könne der Soldat nicht nur „ein Objekt“ sein, sondern er müsse zum „Subjekt“, also zum beherrschenden Faktor im Ressort Dr. Stresemanns werden.

Herr von Seekt bemerkte, wie schon dargelegt, daß er sich nie hinter die „Verantwortlichkeit der Minister verziehen habe“, und daß er auch jetzt das Gefühl der Verantwortlichkeit nicht loszuwerden vermöge. Herr von Seekt hat durchaus „verantwortlich“ gehandelt, denn was er ausgesprochen hat, ist die Meinung des Reichswehrministeriums, wofür Die Denkschrift Dr. Grönners den schlagendsten Beweis geliefert hat.

Gegen das preußische Konkordat

Berlin fordert einen preußischen Parteitag

SPD Berlin, 6. März.

Die Funktionäre des Bezirks Berlin der Sozialdemokratischen Partei besaßen sich am Dienstagabend mit der politischen Bedeutung des Konkordats. Den einleitenden Vortrag hatte der Abgeordnete Kurt Löwenstein übernommen. Er führte u. a. aus:

„Die Frage, ob Preußen als einziger Staat überhaupt ein Konkordat abschließen kann, ist eigentlich schon für uns entschieden. Im Reichstage hat seinerzeit der Abgeordnete Saenger im Namen der Reichstagsfraktion dem Bundesstaat Bayern dieses Recht bestritten. Wenn schon Staatsverträge abgeschlossen werden sollen, dann nur durch das Reich, womit aber nicht gesagt sein soll, daß nunmehr das Reich zu einem Konkordat kommen möge. Wenn wir übrigens in Preußen in Kirchen- und Schulfragen Konzessionen machen müßten, so doch immer in der Hoffnung, diese zu gegebener Zeit wieder ändern zu können. Das wird aber beim Abschluß eines Konkordats unmöglich. Auch die Form, wie bisher die Konkordatsverhandlungen geführt wurden, ist untragbar. Wir sind gegen Geheimverhandlungen und Geheimdiplomatie, weil wir unter solchen Umständen nie unsere außerparlamentarischen Hilfsgruppen einsetzen können. Das Zentrum betrachtet seine Mitgliedschaft in der Koalition als eine Machtposition im Staate, die es nicht einem Konkordat zuliebe aufgeben dürfte. Gefährdet wird nur das Ansehen und die Macht der Sozialdemokratie, wenn man ein Konkordat abschließt, das ebenjenseitig durch einen gewöhnlichen Staatsvertrag ersetzt werden kann.“

Die Konferenz nahm schließlich nach einer ausführlichen Diskussion gegen wenige Stimmen folgende Entscheidung an:

„Die Funktionärerversammlung unterstützt den Beschluß des Bezirksvorstandes, den Parteivorstand zu ersuchen, einen preußischen Parteitag mit der Tagesordnung „Das Konkordat“ einzuberufen.“

Lärmjahren im Preussischen Landtag

LU Berlin, 5. März.

Bei einer Beratung des Flaggengesetzes kam es am Dienstag im Preussischen Landtag zu stürmischen Lärmjahren. Als der deutsch-nationale Abgeordnete Steuer bei der Befämpfung der Vorlage vom Revolutionsgesindel von 1918 sprach, entstand ein ungeheurer Lärm, besonders bei den Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Kommunisten drängten mit drohenden Gebärden zum Rednerpult Dem Erlauchen des Präsidenten an die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen, kamen die Kommunisten nur zögernd nach. Als der Abgeordnete Steuer seine Rede fortzusetzen versuchte, wurde er durch anhaltende „Schluß“-Rufe daran gehindert. Präsident Bartel sah sich schließlich veranlaßt, die Sitzung aufzuheben.

Der Preussische Landtag lehnte heute mit 211 gegen 140 Stimmen den deutsch-nationalen Mißtrauensantrag gegen den preussischen Innenminister ab. Für den Antrag stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Fraktion, die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten. Die Kommunisten beteiligten sich an der Abstimmung nicht.

Stach auch im heftigen Parlament

SPD Darmstadt, 5. März.

Im Heftigen Landtag beantragten die Kommunisten am Dienstag, ihre Anträge zur Regelung der Erweiterung der Sorge sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Als das abgelehnt wurde, erhoben die auf den Tribünen anwesenden Erwerbslosen, ermuntert durch das Toben der kommunistischen Abgeordneten, ein fürchterliches Gebrüll. Schimpfworte wie „Schieber“, „Lumpen“ usw. flogen in den Saal. Landtagspräsident Delp (Soj.) sah sich schließlich gezwungen, die Sitzung zu schließen und die Tribünen polizeilich zu räumen. Die Erwerbslosen sammelten sich daraufhin im Hof des Landtages, wo der kommunistische Abgeordnete Sumpp eine Ansprache hielt. Der Hof mußte schließlich ebenfalls geräumt werden.

Der Urheber der Ständalagen, der kommunistische Abgeordnete Sumpp, wurde von der Dienstag-Sitzung ausgeschlossen.

Kommunisten gegen Kommunisten

SPD Weimar, 5. März.

Der Führer der aus der SPD Thüringens ausgeschlossenen Kommunisten, Abg. Tennen, erklärte am Dienstag im Thüringischen Landtag, daß die Fraktion der Kommunisten in Zukunft den Zusatz „Opposition“ tragen werde. Die neue Fraktion bleibe kommunistisch, stände aber in scharfer Opposition zu der derzeitigen Führung der kommunistischen Partei.

Der italienische Abgeordnete Zimmermann erwiderte auf die Erklärung Tennen — zugleich im Namen seines einzigen Kollegen — zum Gaudium der bürgerlichen Parteien und unter dem schallenden Gelächter des ganzen Landtages, daß sich Tennen mit seiner Erklärung auf den Boden des bürgerlichen Parlaments gestellt habe.

Nachdem der kommunistische Abgeordnete Tennen (Verfänger) seine Erklärung in der heutigen Landtagssitzung abgegeben hatte, bemühte sich der Abg. Dr. Dinter (Hakenkreuzler) zu dem Abg. Zimmermann (Anführer der Zentrale) hin und machte ihm den Vorschlag, daß sich die beiden Kommunisten, die Anhänger der Zentrale sind, sich mit ihm zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen sollten, damit sie als Fraktion gelten und in Ausschüssen vertreten sind. Man darf gespannt sein, ob die Zentrale der SPD diese enge Verbindung zwischen Hakenkreuzlern und Kommunisten zulassen wird.

Die Kürze in England

SPD London, 5. März.

Am Dienstag sprach im Innenministerium eine Deputation des „Kates für öffentliche Ordnung“ vor, einer Vereinarbeitung förmlicher Morder und Unstillschleisschneiderei, die eine Nachahmung des deutschen Schuß- und Schindengesetzes empfahl. Dieser Vorschlag stellt den ersten Schritt einer groß angelegten Stillschleisskampagne dar.

Die „fünf negativen Erbschaften“

SPD Der Reichsrat beschäftigte sich am Dienstagabend mit dem Reichshaushalt für 1929.

Ministerialdirektor Dr. Brecht erklärte als Berichterstatter, die Reichsregierung habe fünf negative Erbschaften übernommen, die sich jetzt auswirken: 1. die ungeklärte Kassenlage; 2. die ungedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushalts; 3. einen „Leertitel“ für Arbeitslosenversicherung; 4. einen noch nicht etablierten 33-Millionenposten für bereits bezahlte Bekämpfungskosten aus den Jahren 1925 bis 1927 und zu allem 5. die ungedeckten Mehrausgaben für Reparationen unter gleichzeitiger Fortfall einmaliger Einnahmen.

Brecht führte weiter aus: Die Ausschüsse empfehlen, jede verschleppbare Ausgabe über den 1. April hinaus zu verschleppen. Die frühere Regierung ist bei der Feststellung der Leertitel für 1927 über das Ziel hinausgeschossen, wodurch der Haushalt von 1929 belastet wird. Von der vorgesehenen Deckung des außerordentlichen Haushalts im Vorjahr ist der größte Teil — die Rückzahlung eines 80-Millionen-Darlehens durch die Reichsbahn — bisher ausgeblieben. Der Leertitel für Arbeitslosenversicherung mußte schon bis Ende Februar mit 105 Millionen Reichsmark Darlehen ausgefüllt werden.

Als Entlastung für 1929 ist eine innere Anleihe im Werte von 164 Millionen bei den Trägern der Invalidenversicherung vorgesehen, die ursprünglich im Rahmen der noch bestehenden Ermächtigungen veranschlagt werden sollte. Im Reichsrat hat sich hier jedoch eine entscheidende Veränderung ergeben. Die steigende Arbeitslosigkeit hat das Reich genötigt, der Reichsanstalt aus Kassenmitteln Darlehen von mehr als hundert Millionen zu geben, obwohl die Anstalt mit einem beträchtlichen Bestand in den Winter ging. Sie wird diese Darlehen im Sommer nur teilweise zurückzahlen können, so daß sie — mangels Bestandes — im nächsten Winter auch bei normaler Arbeitslosigkeit mindestens 150 Millionen vom Reich zu entleeren muß. Reichsregierung und Reichsrat haben es unter diesen Umständen zur Vermeidung gefährlicher Selbsttäuschung für notwendig gehalten, daß das 150-Millionen-Darlehen in den außerordentlichen Haushalt eingestuft und bei der Invalidenversicherung aufgenommenem Anleihe hierfür verwendet, also zufällig als Einnahme in den außerordentlichen Haushalt eingestuft wird.

Bei den Kanalarbeiten haben die Ausschüsse 7,5 Millionen gestrichen. Umgekehrt wurde der Anlag für landwirtschaftliche Siedlung auf den für fünf Jahre zugelagten Betrag von fünfzig Millionen (statt 25 Millionen) heraufgesetzt. Mit dem Nachtragshaushalt ergibt sich ein Defizit von 791 Millionen Mark.

Die Kürzung der Ueberweisung an die Länder und Gemeinden wird von den Ländern besonders schwer empfunden. Viele von ihnen haben Defizitets. Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß das Reich den Hauptanteil der innerdeutschen Verwaltungskosten trägt. In Wirklichkeit liegen die bei weitem kostspieligsten Aufgaben der allgemeinen inneren Verwaltung den Ländern und Gemeinden ob: Schulwesen einschließlich Hochschulen mit mehr als 1 1/2 Milliarden Ausgaben im Jahr, Justiz mit 1/2 Milliarde und Polizei mit 450 Millionen (über den Reichs-

zuschuß hinaus); dazu komme die allgemeine Wohlfahrtspflege anderthalb Milliarde, das Wohnungs- und Siedlungswesen (über drei Viertelmilliarde) und das Straßen- und Verkehrsweisen (siebenhundert Millionen). Diese Zahlen ergeben allein zusammengefaßt fünfeinhalb Milliarden im Jahr, also eine Summe, die wesentlich größer ist als die allgemeinen Steuerüberweisungen von 3,2 Milliarden Mark.

Ein Antrag auf Streichung der Ueberweisungskürzung wurde in den Ausschüssen abgelehnt, weil Brecht es politisch für notwendig hielt, die auch nach seiner Ansicht sachlich unbedeutende Kürzung hinzunehmen. Das Ueberweisungs-Zit von 1928 übersteigt das Soll um 180 Millionen. Durch verschiedene Verbesserungsmaßnahmen der Ausschüsse — die der Redner im einzelnen mittelst —, würde sich das Defizit um 51 Millionen verringern. Ministerialdirektor Brecht schloß: Im Bereich realer Möglichkeiten gibt es aber für die nächsten Jahre nur eine wirkliche Entlastung, das ist die Senkung der Reparationslast und die Räumung des besetzten Gebietes.

Im Namen der Reichsregierung erklärte Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, daß die Regierung sich mit den Vorschlägen der Reichsratsausschüsse nicht in allen Punkten einverstanden erklären könne und dem Reichstag in diesen Fällen Doppelvorschläge zu stellen werde. Vor allem könne die Regierung die sofortige Ausfüllung des Leertitels für die Osthilfe (25 Millionen) nicht billigen. Reichswehrminister Gröner wandte sich gegen die Streichung an den Reiseausgaben seines Ressorts.

Ein Vertreter Oldenburgs beantragte die Wiederherstellung von einer halben Million für Werften und Auslastung von Schiffen, die vom Ausschuß gestrichen wurde. — Der Antrag wurde abgelehnt. — Ein Antrag Bayerns, die Deckung des Defizits allein durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1 Prozent vorzunehmen, wurde mit 48 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Die Ausschußvorlage über die Verringerung des Biersteuergesetzes wurde mit 42 gegen 27 Stimmen angenommen, diejenige zum Branntweinmonopol mit großer Mehrheit.

Die Senkung des Einkommensteuertarifs bei den mittleren Einkommen haben die Reichsratsausschüsse bei der gegenwärtigen ungünstigen Finanzlage und bei der geringen Wirkung für den einzelnen Steuerzahler für unzulässig erklärt. Auf Antrag der Ausschüsse wird der entsprechende Regierungsvorschlag, abgesehen von einigen nebensächlichen Bestimmungen, abgelehnt.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des § 26 des Vermögenssteuergesetzes wurde angenommen, ebenso die Änderung des Wechselsteuergesetzes, die vor allem in dem Verzicht auf die unergiebige Wechselsteuer besteht.

Es folgte die Beratung des Haushaltgesetzes. Die Ausschüsse beantragten unveränderte Annahme. Bayern beantragte jedoch die Streichung des § 9, der die Vermögenssteuerzuschläge enthält. Diese Streichung wurde mit 43 gegen die 28 Stimmen von Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen, Oldenburg und der preussischen Provinz Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Nieder-Sachsen und Westfalen bei Stimmhaltung der Provinz Obersachsen abgelehnt. Das Haushaltgesetz wurde unverändert angenommen; der Reichshaushaltplan fand Annahme in der durch die Einzelberatung geschaffenen Fassung.

Das Gesetz über die Sanierung des Schjäu-Unternehmens wurde ebenfalls angenommen.

Vertagung in Genf

SPD Genf, 5. März.

Die für Dienstag vorgesehene 2. öffentliche Sitzung des Völkerbundes wurde mittags plötzlich abgesetzt. Eine Begründung für die unerwartete Vertagung wurde nicht gegeben. Es verlautet jedoch, daß zahlreiche Delegationen vor Beginn der Debatte über das Minderheitenproblem ihre vertrauliche Fühlungnahme mit den Vertretern Englands und Frankreichs abschließen wollen. Chamberlain wurde am Dienstag u. a. von dem Vertreter Ungarns, dem jugoslawischen Außenminister, den Vertretern Spaniens und Japans sowie von dem polnischen Außenminister besucht. Am späten Nachmittag unterhielt sich Stresemann und Briand längere Zeit über die schwebenden politischen Fragen.

Inzwischen ist das Memorandum des Kanadiers Dandurand zur Minderheitenfrage gewissen Änderungen unterzogen worden. In seinem veränderten Memorandum verlangt der Kanadier, daß Minderheitenbeschwerden auch von Minderheitsvertretungen außerhalb des Landes, dem die Minderheit zugeteilt worden ist, in Empfang genommen werden sollen. Diese außerordentlich weitgehende Forderung könnte in der Praxis bedeuten, daß eine Vertretung der Deutschen Südtirols, die infolge des Faschismus Italien verlassen mußten, das Recht hat, sich im Namen der Tiroler Deutschen zu beschweren. Dandurand fordert ferner, daß die Minderheiten in einigen Fällen ihre Petition an den Völkerbund gleichzeitig mit der ersten Beschwerde an ihre Regierung richten dürfen. Ein weiterer Zusatz verlangt, daß im Falle einer Abweisung der Minderheitsbeschwerde das behandelnde Komitee zu entscheiden hat, ob und in welcher Form die Öffentlichkeit von der Abweisung zu unterrichten sei.

Am die Minderheiten

SPD Paris, 5. März.

Die Pariser Presse weiß im Zusammenhang mit der bevorstehenden Minderheitenkonferenz in Genf einige recht interessante Einzelheiten zu berichten.

Der polnische Außenminister Jaleski habe ursprünglich die Absicht gehabt, in Genf zu verlangen, daß die Bestimmungen über den Minderheitenschutz, die augenblicklich nach den bestehenden Friedensverträgen nur für die jungen Staaten gelten, auf sämtliche europäischen Mächte ausgedehnt würden. Dieser Vorschlag habe aber selbst in Paris Widerstand gefunden. Die französische Regierung habe dagegen in Warschau Vorstellungen erhoben lassen, worauf Jaleski seinen Plan aufgegeben habe. Dagegen sei es ihm gelungen, die Kleine Entente und Griechenland zu einer gemeinsamen Demarche in London, Paris und Rom zu bewegen, die der formellen Erklärung gegolten habe, daß die an der Demarche beteiligten Staaten keinerlei Wänderung des jetzt geltenden Minderheitenrechts zu lassen würden, zumal wenn diese Wänderung auch noch über den Kopf hinweg im Völkerbundrat beschlossen werden sollte. Die Demarche sei in Rom und in Paris nicht unfreundlich, in London dagegen durchaus eifrig aufgenommen worden. Frankreich jedenfalls habe sich dadurch veranlaßt gefühlt, seinerseits gemeinsam mit England in Berlin zu intervenieren, damit Stresemann die Minderheitenfrage in Genf möglichst abstrakt und theoretisch behandle. England habe sich zu dieser Demarche bereitgefunden, obwohl es früher der Kleinen Entente hatte erwidern lassen, daß man wohl oder übel genötigt sein werde, den deutschen Vorschlägen für die Neuregelung des Minderheitenrechts Rechnung zu tragen.

Allerdings betont die Pariser Presse bei allem ausdrücklich, daß dieses Entgegenkommen unter keinen Umständen jenseitig gehen dürfte, daß etwa die Einsetzung einer ständigen Minderheitenkommission genehmigt werden könne.

Der Stettiner Fememordprozess

Abgelehnte Beweisangebote

In dem Fememordprozess Heines und Genossen hat das Gericht fast restlos alle Beweisangebote der Verteidigung abgelehnt. Das Gericht ist der Ansicht, daß Zeugenvernehmungen über die Vorgänge in Ober-Schlesien und im Ruhrgebiet mit dem gegenwärtigen Prozess nichts zu tun haben. Die Verteidigung kündigte an, daß sie eine Reihe von Zeugen direkt laden werde, u. a. Reichsminister Severing, Ministerialdirektor Dr. Spiecker, preussischer Justizminister Dr. Schmidt. Der Vorsitzende teilte mit, daß er bei der Vernehmung dieser Zeugen jede Frage abseihen werde, die nicht zu der zur Verhandlung stehenden Sache gehört. Der Oberstaatsanwalt nahm gegen die direkte Ladung dieser Zeugen aus prozessualen Gründen Stellung.

Die weitere Vernehmung der Zeugen ergab nichts wesentlich Neues.

Anklagen gegen Bilubski

LU Warschau, 5. März.

Der jüngere nationaldemokratische Abgeordnete Dr. Godolewski hat an den Sejmarschall ein in der Gazeta Warszawska veröffentlichtes Schreiben gerichtet, indem er daran erinnert, daß die polnische Oberste Heresleitung im Jahre 1920, d. h. zu der Zeit, als Marschall Bilubski Staatsoberhaupt von Polen war, große Ausgaben gemacht habe, ohne über die Verwendung der Summen Rechenschaft abzulegen oder Belege beizubringen. Auf Vorschlag des Innenministers sei damals beschlossen worden, dem General Broczanski mit der Untersuchung der Angelegenheit zu betrauen. Als der General jedoch festgestellt habe, daß allein im Laufe eines Monats 17 Millionen polnische Mark ohne Belege veranlagt worden seien, sei die Untersuchung schließlich abgebrochen worden. General Broczanski sei entfernt worden. Das Parlament habe nie etwas über den Ausgang der Untersuchungen erfahren. Er, Dr. Godolewski, sehe sich jetzt veranlaßt, den Sejmarschall zu bitten, die Angelegenheit aufzuklären.

Der Brief des früheren nationaldemokratischen Abgeordneten ist als Gegenstück zu dem von Marschall Bilubski ausgesprochenen schweren Anschuldigungen anzusehen.

DE Warschau, 5. März.

Eine Teilkaktion in dem Kampf des Sejms gegen die Regierung Bilubski bildet der Vorstoß gegen den Postminister Niedziński, dem vorgeworfen wird, daß er durch mangelhafte Aufsicht beim Bau des neuen Postministeriums verschiedene Mißstände zugelassen habe. Die oppositionelle „Gazeta Warszawska“ bringt darüber folgende Enthüllungen: Bei der Ausschreibung des Bauentwurfs wurden so scharfe Bedingungen gestellt, daß solche Firmen dadurch abgeschreckt waren und sich nicht beteiligten. Eine vom Ministerium protegierte Baufirma erhielt dann den Auftrag und nunmehr wurde die Bedingungen so ermäßigt, daß statt der zuerst geforderten Kaution von 600 000 Zloty in bar nur 40 000 Zloty in Wechseln noch blieben. Ein Bidhauer erhielt für zwei Gigromodelle von Statuen für das Ministerium 37 000 Zloty, ein Adler am Postgebäude wurde mit 30 000 Zloty bezahlt usw. Das Blatt fordert genaue Rechenschaftsablegung.

Mussolini-Justiz

WTB Rom, 5. März.

Das Ausnahmegericht in Rom hat heute das Urteil gegen die erste Gruppe der Turiner Kommunisten gefällt, die wegen kommunistischer Propaganda und verschiedener Fälschungen angeklagt waren. Der Schweizer Kommunist Hofmaier wurde zu 15 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die anderen, darunter eine Frau, erhielten 3 bis 5 Jahre. Am Nachmittag begann die Verhandlung gegen die zweite Gruppe der Angeklagten.

Völkerbund zu Mosse

Genfer Vorfreuden
Von H. Gurland, Berlin.

In der famosen „Dreigroschenoper“, die es verdiente, von der Arbeiterklasse zu einer wahren Volksoper gemacht zu werden, gibt es zum Schluß ein Bild von bezaubernder Lustigkeit. Während der schuldlos-schuldige Räuberhauptmann am Galgen seinen Kopf in die Schlinge legt, kündigt sein Widersacher den reitenden Boten des Königs an, der die Begnadigung bringt. Und die trauernde Gemeinde — Freunde des Galgenhelden, mühsige Zuschauer und Volksgeschehen — stimmt im Chorus den Gesang an: „Der reitende Bote des Königs kommt, Bote kommt, Königs kommt.“ Auf daß der reitende Bote des Königs komme, ist der Räuberhauptmann gefaßt, zum Tode verurteilt, auf den Galgen geführt worden. So muten allmählich die dreimal im Jahr fälligen Völkerbund-Verhandlungen an. Auf daß der reitende Bote des Völkerbunds komme, schließt man am Vorabend der Völkerbundstagung irgendeine große Sensation aus der Pistole, die Verbrecher werden denunziert, gefaßt, zum politischen Tode verurteilt. Und dann singt der Chor der „großen“ Presse: Der reitende Bote des Völkerbunds kommt, Bote kommt, Völkerbund kommt.

So kommt er also wieder einmal. Die fällige Bombe — diesmal „Geheimdiplomatie“ — ist gefaßt, die Verbrecher sind angeprangert, der Völkerbund darf retten. Es sind diesmal sogar zwei Bomben gefaßt: eine unvorschriftsmäßig früh — mit der Verhaftung des deutschen Widerheftenführers Ullrich in Polnisch-Oberschlesien, die andere — mit der „Enthüllung“ des belgisch-französischen Geheimvertrages — gerade im richtigen Augenblick. Dementis und Gegendementis schwirren noch durch die Luft, während die Herren Außenminister bereits im Salonwagen des D-Zuges dem Genfer See zufliegen.

Wie war es mit dem belgisch-französischen Geheimvertrag? Ein holländisches Blatt veröffentlichte den angeblichen Inhalt des belgisch-französischen Defensivabkommens vom Jahre 1920 und im Anschluß daran ein weiteres Dokument, das als militärtechnische Vereinbarung über die Auslegung des Paktes von 1920 bezeichnet wurde und im Jahre 1927 zustande gekommen sein sollte. Was den Vertrag von 1920 angeht, so ist seine Existenz längst bekannt, ja, dem Völkerbund sogar offiziell zur Kenntnis gebracht worden: der Pakt sieht nach den holländischen Veröffentlichungen für den Fall eines deutsch-belgischen oder eines deutsch-französischen Konfliktes die automatische militärische Unterstützung des in den Konflikt verwickelten Gegners des Deutschen Reichs durch den Vertragspartner vor. Das ist nicht neu, wie es auch nicht unbekannt ist, daß zwischen Belgien und Frankreich ein Abkommen über Grenzbesetzungen besteht, das Belgien zum Bau eines großen Festungsgürtels an der deutschen Grenze verpflichtet und dem französischen Generalstab für den Kriegsfall die Oberleitung der Operationen der belgischen Armee überläßt. Ebenso ist es auch nicht neu, daß die Verträge sowohl dem Völkerbundspakt als auch dem Vertrag von Locarno widerprechen.

Es würde die Aufregung ob dieses Vertrages, von dem von vornherein gar nicht feststand, ob der von dem Utrechter Blatte veröffentlichte Text tatsächlich der richtige war (sagt soll der Fälscher alles „gestanden“ haben), sicherlich nicht so groß sein, wenn nicht zugleich auch „militärtechnische Ausführungsbestimmungen“ vom Jahre 1927 das Licht des Tages erblickt hätten. Diese Ausführungsbestimmungen, wie sie, wenn das Dokument gefälscht ist, zum mindesten ein sehr kluger Kopf zusammenkombinierte, erschienen in der Tat wesentlich interessanter. Einmal erwähnten sie als mögliche Gegner Frankreichs neben Deutschland Spanien und Italien und als wahrscheinlichen Gegner Belgiens außer Deutschland die Niederlande. Zum anderen sprachen sie von einem belgisch-englischen Uebereinkommen vom Juli 1927, das angeblich die Eventualität eines belgisch-französischen Vormarsches ins Ruhrgebiet offenließe. Und schließlich wären diese Ausführungsbestimmungen nach dem Locarno-Pakt zustande gekommen, der doch ein gegenseitiger Nichtangriffs- und Grenzschutzvertrag ist und unter englischem Schutze für alle Vertragsunterzeichner abgeschlossen worden ist. Und dennoch: daß ein belgisch-französischer Militärpakt in irgendeiner Form im Jahre 1927 zum Abschluß gelangte, ist ebenfalls seit geraumer Zeit bekannt; daß Belgien erhebliche politisch-strategische Streitobjekte gegen Holland durchzusetzen hat, ist erst recht kein Geheimnis; und daß England sich bereits mehrfach in den Streit um den Scheidevertrag eingemischt hat, ist niemandem entgangen. Der Fälscher, der all diese politischen Feinschnitzereien in ein einziges Dokument hineingeheimnistete, muß ein verdammt guter Kenner der europäischen Nachkriegspolitik sein! Kein Erfinder, aber ein Kombinationstalent.

Es ist nicht viel erfunden worden von dem oder den Verfasser des „Geheimvertrages“. Also warum die Aufregung? Nun, man sagte, es handle sich um einen Geheimvertrag, und für Geheimverträge sei kein Platz in der europäischen Friedenspolitik. Vor allem sei die Beteiligung Englands als des Garanten des Locarno-Paktes verwerflich und die Verletzung der Locarno-Abmachungen ein himmelschreiender Skandal. Zugegeben! Aber wer sagte denn, daß England sich offiziell an den Abmachungen der Generalschlichter beteiligt hat? Das hat es gar nicht nötig, wenn es dasselbe auf anderem Wege erreichen kann, zum Beispiel — wenn es, wie tatsächlich geschehen, einen Druck auf Holland ausüben durch die Scheide-Neutralisierung ausübt, auf daß durch eine Verbindung zu dem zu bauenden Rhein-Maas-Kanal ein unmittelbarer Zugang zum Ruhrgebiet geschaffen werde! Und wer sagte, daß die „Ausführungsbestimmungen“ von 1927 tatsächlich dem Wortlaut des holländischen Blattes bis auf die 3-Punkte entsprechen?

Nun schließlich die Unvereinbarkeit der Geheimdiplomatie mit der Völkerbundstagung. Du lieber Himmel! Wer weiß denn nicht, daß kein Vertrag und keine internationale Abmachung nach Art 18 der Völkerbundstagung rechtsverbindlich werden kann, bevor das Abkommen vom Völkerbundsekretariat „eingetragen“ worden ist? Und wer weiß nicht, daß Abmachungen, die der Völkerbundstagung widersprechen, von ihren Mitgliedern laut Artikel 20 nicht eingegangen werden dürfen bzw., sofern früher eingegangen, gelöst werden müssen? Aber wer wählte nicht auch, daß die fällige Auslegung der Sachung durch den Völkerbund selbst alle „technischen Abkommen“ von der Publikationspflicht befreit, soweit die Veröffentlichung solcher technischer Ausführungsbestimmungen den Zweck der Verträge, denen sie angegliedert sind, gefährden könnte; und daß ebenso auch Geheimverträge nicht gelöst zu werden brauchen, die einen „defensiven Charakter“ tragen?

Nur wer den innerlich verlogenen Phrasendrusch der Völkerbunddiplomatie heiligt, wer die papierne Wertlosigkeit der Völkerbundstagung den Massen verheimlicht und die Genfer Friedenspflanz für bare Münze nimmt, kann sich jetzt entrüsten, kann wehklagen und schreien, wenn ein paar geschickte Offiziere oder ein paar noch geschicktere Dokumentenfälscher den staunenden Frie-

Die Fälschungsaffäre

Keine Kammerdebatte

SPD Brüssel, 5. März.

In der Utrechter Fälschungsaffäre ist auch am Dienstag keine wesentliche Wendung eingetreten.

Der belgische Ministerrat ließ nach einer längeren Sitzung zu der Angelegenheit erklären, daß die Regierung entschlossen sei, die Strafuntersuchung mit aller Gründlichkeit durchzuführen, um die Angelegenheit in allen ihren Einzelheiten zu klären. Diese Erklärung war nach den am Montag umlaufenden Gerüchten sehr notwendig. Die öffentliche Meinung wird dennoch sehr wascham bleiben müssen, denn es ist kaum zweifelhaft, daß gewisse einflussreiche Kreise alles daransehen, damit nicht alle Schleier gelüftet werden und diese oder jene Verantwortlichkeit oder Organisation nicht kompromittiert wird.

In der Kammer fand die angekündigte Interpellation des belgischen Nationalisten Bos, der Chefredakteur der Antwerpener Schelde ist, nicht statt. Bos hat die Interpellation selbst zurückgezogen. Infolgedessen blieb auch die erwartete Erklärung des Ministerpräsidenten Jaspar aus. Bos hat übrigens inzwischen ein aus Amsterdam datiertes Telegramm mit der Unterschrift „Reporter“ erhalten, das nach Ansicht des Bos von dem von der Polizei gesuchten Schelde-Redakteur Hermans stammen dürfte.

denstheuern beweisen, daß sie sehr wohl erfährt haben, was die Genfer Deklamationen wert sind. Wer aber im Völkerbund unter anderem eine Tribüne erblickt, von der aus sozialistische Politiker der Schwand der kapitalistischen Friedens- und Abrüstungsdiplomatie entlarven können, der wird sich nach den Vorgängen um den belgisch-französischen Geheimvertrag, dessen nicht gefälschten Text die beteiligten Regierungen immer noch verheimlichen, noch einmal fragen, daß Sozialisten als Sozialisten nur dann im Völkerbund reden und handeln können, wenn sie als Vertreter der internationalen Arbeiterklasse und nicht als Minister ihrer bürgerlichen Regierungen das Genfer Parquet betreten. Denn wenn irgend etwas entschuldigend und ersäunlich ist an dem doch noch geheimen Brüsseler Pakt, so ist es die abgrundtiefe Hilflosigkeit, mit der die belgischen sozialistischen Minister, die von den geheimen Abmachungen teils gewußt, teils mancherlei geahnt haben, geschwiegen und noch einmal geschwiegen haben, anstatt die proletarische Öffentlichkeit der ganzen Welt gegen das verhängnisvolle Regiment der Geheimdiplomatie im Völkerbund und um den Völkerbund herum zu alarmieren.

Der Zwischenfall mit dem Geheimpakt, über den in Genf viel leicht in einer ruhigeren Atmosphäre geredet werden wird, bis schließlich ein neues Abkommen in den Schrank wird wandern können, hat bedauerlicherweise von einem nun wirklich keineswegs gefälschten Heldenstück der völkerbundlichen Diplomatie abgelöst, für das nicht etwa Militärs verantwortlich sind, sondern Herr Stresemann höchstpersönlich zeichnet. Wir meinen den deutschen Vorkauf in der Widerheftenfrage, der im Zusammenhang steht mit den Repressalien gegen die deutsche Widerhefte in Polnisch-Oberschlesien. Es versteht sich am Rande, daß wir Sozialisten für den Schutz der nationalen Widerheften sind, ja, daß allein die Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen jegliche Unterdrückung auch die nationale Unterdrückung aus der Welt zu schaffen vermag. Aber es ist echt bürgerliche Demagogie, die beinahe schlimmer ist als die heuchlerische Entstellung über Geheimdiplomatie, wenn man den erfolgreichen Kampf der deutschen Nationalen gegen den deutsch-polnischen Handelsvertrag mit allgemeinen Phrasen über den Widerheftenchutz glaubt vertuschen zu können.

Wer sieht denn nicht, daß die polnischen Repressalien in Oberschlesien nur eine Antwort sind auf die nationalstille Hege in Deutschland, die die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des deutsch-polnischen Handelsvertrages im Interesse einer schmalen Großhandelsfirma mit Füßen tritt? Wer nicht vollkommen verblendet ist, weiß auch, daß die Unterdrückung nationaler Widerheften stets eine politische und wirtschaftliche Angelegenheit ist und daß der beste Weg zur nationalen Befriedung in Polnisch-Oberschlesien in dem Abschluß des Handelsvertrages und der Herstellung gesunder wirtschaftlicher und politischer Beziehungen mit dem östlichen Nachbarstaate liegt. Wie wäre es, wenn einmal dieser Weg konsequent und aufrichtig beschritten würde?! Wie wäre es, wenn im Rahmen der bestehenden Koalition die Initiativen in außenpolitischen Dingen von den sozialistischen Ministern ergriffen würde?!

Die Habsbachtungen des Stahlhelms

SPD München, 6. März.

Der erste Vorsitzende des Stahlhelms, Sedte, hält sich zur Zeit zur Vorbereitung des diesjährigen Stahlhelmtages in München auf. Er führte bisher zahlreiche Konferenzen mit der deutschen Nationalen Parteileitung Bayerns und der bayrischen Reichspresse. Am Dienstag ließ man ihn mit einer politischen Rede auf den akademischen Klub los. Dort führte Sedte u. a. aus:

Wir schmelzen nicht in Diktaturgedanken, Diktatur kann nur ein kurzer Zwischenfall sein, dann muß wieder das freie Spiel der Kräfte einsetzen. Der Stahlhelm hat keine Habsbachtungen erlassen, er formuliert nur etwas schärfer. Auch lassen wir unsern Unterführern das Maul nicht verbieten. Sie dürfen ihrem Vorgesetzten Luft machen. Das schert uns in der Meinung verdammt wenig. Der Stahlhelm als Ganzes denkt aber nicht daran, diesen Staat und sein Vaterland zu verlassen.

Im Rahmen der Vorträge des Akademischen politischen Klubs sprach Franz Sedte über das Thema „Was ist und will der Stahlhelm?“. In seinem Vortrage kam der Redner auch auf das Volksbegehren des Stahlhelms zu sprechen und betonte, das werde herausgebracht werden, wenn der Zeitpunkt dazu günstig sei. Das Volksbegehren sei auf eine möglichst einfache Form gebracht worden und enthalte nur zwei Forderungen, nämlich eine Verkürzung der Befugnisse des Reichspräsidenten und die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten bei Vergehen des Landesverrats. Der Reichspräsident soll kein Kabinett selbst zusammenstellen oder entlassen können.

Englische Fliegerbomben gegen Wahabis

Wie aus Basra gemeldet wird, haben englische Bombenflugzeuge eine etwa 400 Mann starke Gruppe von Wahabis mit Bombenwürfen und Maschinengewehrfeuer angegriffen. Die Wahabis, die damit beschäftigt waren, eine große Herde ... zu treiben, erwiderten das Feuer, mußten sich aber unter schweren Verlusten zurückziehen. Von den Engländern ist ein Mann gefangen.

Was wird darin gebeten, die Behauptungen des Frank-Heine vorläufig mit Vorsicht zu behandeln; weitere Aufklärung werde folgen.

Am Dienstagnachmittag hat die Antwerpener Staatsanwaltschaft in den Redaktionsräumen der „Schelde“ eine Hausdurchsuchung vorgenommen und mehrere Schriftstücke beschlagnahmt. Wie verlautet, suchte sie u. a. einen kurz vorher angekommenen eingeschriebenen Expressbrief, der, wie die Polizei vermutet, von Hermans stammte.

Auf die Utrechter Enthüllungen entgegnete gewisse französische und belgische Blätter sehr mit Gegenenthüllungen. Im Brüsseler „Soir“ wartet z. B. der bekannte Wullus-Rüdiger, der seinerzeit die während des Kapp-Putsch in so abenteuerlicher Weise aus Leipzig herbeigebrachten Urteile des Rates von Flandern veröffentlichte, mit einem entsprechenden Dokument auf. Es handelt sich um einen Bericht des deutschen Gesandten im Haag, Baron Nejen, an den damaligen Reichskanzler von Hertling vom 17. September 1918, aus dem sich ergeben soll, daß Holland wesentlich die geheimen Transporte deutschen Kriegsmaterials über holländisches Gebiet dulde und begünstige. In ersten Brüsseler Kreisen hält man diese angeblichen Enthüllungen für durchaus unangebracht, weil sie, wie man in Berlin sagt, „alle Kamellen“ sind, die nur dazu beitragen können, die Beziehungen zwischen Belgien und Holland zu trüben.

Verhärfung der Diktatur

SPD London, 5. März.

Aus Kairo wird gemeldet, daß sich Regierungsblätter seit einigen Tagen in Andeutungen über neue Ausnahmemaßnahmen geäußert haben, die eine weitere Verhärfung des Ausnahmezustandes mit sich bringen sollen.

Im übrigen dauern die polizeilichen Hausdurchsuchungen und Konfiskationen von Zirkularen und Petitionen, in denen die Wiederherstellung der Verfassung gefordert wird, an. Einen Angriff der Regierung auf die Freiheit der Rechtsprechung haben die Anwälte am Dienstag mit einem Streik beantwortet.

Der Führer der japanischen Arbeiterpartei ermordet

Im Tokio, 6. März.

Am Dienstag wurde der Vorsitzende der japanischen Arbeiterpartei, Yamamoto, auf der Straße niedergeschossen. Der Täter stellte sich der Polizei und erklärte, er habe Yamamoto getötet, weil dieser Kommunist sei und verurteilt habe, die japanische Monarchie zu stürzen.

Klassenkampf in Griechenland

SPD Athen, 6. März.

In einer in der Nähe der griechischen Hauptstadt gelegenen Ortschaft ist dieser Tage wegen Lohndifferenzen ein allgemeiner Streik ausgebrochen. Die Polizei glaubte ähnlich, wie das in letzter Zeit wiederholt in anderen Städten zu verzeichnen war, dem Streik durch die Verhaftung der Führer ein Ende machen zu können. Sie verhaftete insgesamt 14 Personen und setzte sie hinter Schloß und Riegel. Die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter beantworteten diese Maßnahme mit einer großen Demonstration vor dem Gebäude der Polizeidirektion. Im Verlauf der Veranstaltung kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die zunächst einige Schredschüsse auf die Menge abgab und dann scharf schoß. Zwei Tote und acht Verwandete blieben in ihrem Blute liegen.

Der betrügerische Minister

Im Paris, 5. März.

Die Unterjuchung der Angelegenheit Klotz ist nunmehr so gut wie abgeschlossen. Die von Klotz betrügerischerweise unterzeichneten Wechsel, die er diskontieren ließ, erreichen den Betrag von zwei Millionen Franken. Die Gläubiger, die mit bedungungslosen Schecks bezahlt wurden, haben unter gewissen Einflüssen auf eine Klage verzichtet oder sie zurückgenommen. Augenblicklich steht nur in Frage, ob der frühere französische Finanzminister vor das Schwurgericht oder die Strafkammer gestellt werden wird. Kommt Klotz vor das Schwurgericht, so wird der Standal seiner betrügerischen Manöver offen, aber die Möglichkeit für einen Freispruch groß sein. Vor der Strafkammer vollzieht sich dagegen alles im Verborgenen, doch ist hier seine Bestrafung sicher.

Zum Trostberger Explosionsunglück

Das Ergebnis der amtlichen „Untersuchung“

SPD München, 5. März.

Die sozialdemokratische Interpellation zu dem Explosionsunglück in den Kalkstoffsärfwerken in Trostberg, das zwei Todesopfer und drei Schwerverletzte gefordert hat, wurde am Dienstag im bayrischen Landtag behandelt.

In der Begründung der Interpellation verwarfte sich der sozialdemokratische Redner gegen den Verzicht der Werksleitung durch Presse und Rundfunk die Schuld an der Katastrophe von vornherein der Arbeiterklasse aufzubürden. Er verwies auf die Erklärung der Betriebsbelegschaft, wonach die Explosion darauf zurückzuführen ist, daß den leicht explosiblen Staubgasen nicht genügend explosionswidrige Stickstoffe und Rauchgasen zugeführt wurde. Der Apparat zur Herstellung von Rauchgasen lag schon seit Wochen still. Warnungen der Belegschaft wurden in dem Werk nicht beachtet; ein Betriebsrat, der sich darüber beschwerte, wurde wegen eines geringfügigen Anlasses entlassen. So kamte sich in dem Werk auch der Zustand herausentwickeln, daß bei einer Belegschaft von 700 Mann

130 Werksunvalden getötet werden, die in dem Betriebe während der letzten Jahre Schaden an Leib und Gesundheit erlitten haben.

Die Regierung ließ erklären, daß die von der Gewerkepolizei und den Berufsgenossenschaften gemeinschaftlich vorgenommene Untersuchung weder ein Versehen der Arbeiter noch ein solches der Werksleitung feststellen konnte. Zur völligen Klärung müsse aber das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung abgewartet werden. Die Betriebsbelegschaften entsprächen „im allgemeinen“ den gesetzlichen Unfallverhütungsvorschriften.

Verantwortlich für den reaktionären Teil: Kurt Günther in Weizsäcker. Verantwortlich für den sozialistischen Teil: Hugo Schwab in Weizsäcker. Druck und Verlag: Leipziger Volksdruckerei „Mitteldeutsche Druckerei“ Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Ämtliche Bekanntmachungen

Zwenkau Ausgabe der Lebensmittel-Gutscheine für Gewerbetriebe, Sozial- und Kleinrentner und Fürsorgeempfänger am 7. März 1929 von 8-1 Uhr im Rathaus Zwenkau, St. 12.
Stadtrat Zwenkau, am 6. März 1929.

Großsch Gewerbetriebe. Am 15. März 1929 ist die 4. Teilzahlung (bzw. eine Vorauszahlung) für das Rechnungsjahr 1928 zu entrichten. Durch die Einlegung von Rechtsmitteln wird die Erhebung der Gelder nicht aufgehalten. Wer nicht pünktlich zahlt, hat für die Zeit vom 16. März 1929 an Zinsen nach III v. S. jährlich zu bezahlen und kostenpflichtige Mahnung zu erwarten.
Stadtrat Großsch, am 4. März 1929.

Bekanntmachung über die Anmeldung unfallversicherungspllichtiger Betriebe und Tätigkeiten vom 7. Februar 1929.

Nach Artikel 40, Abs. 1, des Dritten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928 (Reichsgesetzbl. I, S. 405) in Verbindung mit Artikel 49 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung hat jeder Unternehmer eines Betriebs oder von Tätigkeiten, die der Unfallversicherung durch das erwähnte Gesetz neu unterstellt worden sind, binnen einer vom Reichsversicherungsamt zu bestimmenden Frist das Unternehmen bei dem Versicherungsamt, in dessen Bezirk es seinen Sitz hat, anzumelden. Dabei sind Gegenstand und Art des Unternehmens sowie die Zahl der durchschnittlich in ihm beschäftigten Versicherungspllichtigen anzugeben. Die Frist für die Anmeldung wird hiermit auf die Zeit bis zum **15. April 1929 einschließlich** festgesetzt.

Diese Frist gilt nicht für Einrichtungen und Tätigkeiten in der öffentlichen und freien Wohlfahrtsvereine und im Gesundheitsdienste, für welche eine besondere Regelung vorbehalten bleibt.

Da die Anmeldung verläumt oder unvollständig, so hat das Versicherungsamt selbst die Angaben nach eigener Kenntnis der Verhältnisse aufzufüllen oder zu ergänzen. Das Versicherungsamt ist befugt, die Unternehmer durch Geldstrafe bis zu 1000 RM anzuhalten, binnen einer gesetzlichen Frist Auskunft zu erteilen (Artikel 50 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung).

Das Reichsversicherungsamt Abteilung für Unfallversicherung Schäffer.

Vorstehende Bekanntmachung wird hiermit veröffentlicht mit dem Hinweis, daß Näheres, insbesondere über die anmeldepflichtigen Betriebe, aus der Anleitung hervorgeht, die bei dem Versicherungsamt, Rathaus, Zimmer Nr. 6, jederzeit eingesehen werden kann.

Anzumelden sind:

1. Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Erntungsheime und sonstige Anstalten, die Verlesenen zur Kur oder Pflege aufnehmen,
2. Laboratorien für naturwissenschaftliche, medizinische oder technische Untersuchungen und Versuche,
3. Betriebe, die Röntgeneinrichtungen verwenden,
4. der Betrieb der Schauspielunternehmungen, Schaufestungen und Vorstellungen,
5. Unternehmen, die Luftaufstufungen, Gelangs- und deklamatorische Vortrage veranstalten, an 4. und 5. ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen,
6. Lichtspielbetriebe (Herstellung, Vertrieb und Vorführung von Lichtbildvorstellungen),
7. Rundfunkbetriebe,
8. Betriebe und Tätigkeiten zur Bewahrung von Betriebs- und Wohnstätten.

Großsch, am 5. März 1929.
Der Stadtrat - Versicherungsamt.

Die vorzüglichen
Schokoladen GEG Pralinen, Keks
sind nur im **Konsumverein** erhältlich
Abgabe nur an Mitglieder

DR. FICHTNER
Facharzt f. Säuglings- u. Kinderkrankheiten
Leipzig O 27, Lud.-Golditz-Straße 21
praktiziert jetzt
für alle Kassen
Sprechst.: Mo., Mi., Do. 3-5
Di., Fr. 2-3, Sbd. 12-1 *

Halte wieder selbst
Sprechstunden ab
Zahnarzt Dr. W. Tacke
Liebertwolkwitz
Sämtliche Kassen.

Wo kaufen Sie
Ihre Möbel?
Werden Sie
gut bedient?
Wenn nicht: Wenden Sie
sich vertrauensvoll an

Möbelhaus
Hermann Fontius
Leipzig-Gohlis
Hallische Straße 106
Reiche Auswahl / Niedrige Preise
Langjährige Garantie

Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold
Gau Leipzig Tel. 198 44
Geschäftsstelle:
Leipzig, Gollertstraße 79.

Ortsverein Leipzig, Junabanner.
Alle Handballspieler und Interessenten treffen sich Donnerstag, 7. März, 20 Uhr, im Restaurant Möbius, Mahlmannstraße.

Paul Baumann
Fischwaren-Groß-Handlung
Tel. 14222 Windmühlenstr. 42
und Nürnberger Str. 3
Und ich bleibe dabei
Volksnahrungsmittel
sollen See-Fische sein!
Großer Umsatz - kleiner Nutzen!
Donnerstag - Sonnabend
Drei billige Fisch-Tage!
Blutfrische fette Ware. - Alles im Anschnitt

Kabeljau 3 Pfund 98
Goldbarsch
Bratfertige Fischfilets, 2 Pfd. 98
Blutfrischer Schellfisch 35
Auf 3 Pfund gleich welcher Sorte.
1 Paket Fischgewürz gratis

Frische grüne Heringe
3 Pfund 58 ¢ Pfund 20 ¢ 5 Pfund 95 ¢
Voll-Fett-Bücklinge
Prachtvolle frostfreie Ware
2-3 Familien können sich in 1 Kiste Bücklinge teilen.
5 Pfund-Kiste **1.35** ausgewaschen Pfund **38 ¢**
Räucherwaren, Marinaden, Salz-, Schollen-Heringe zu billigsten Preisen.
Achten Sie bitte auf
Nürnberger Straße 3

Gute Bücher kaufen Sie in der Volksbuchhandlung!

Winken Sie

son und

Gebgenötze —
Kostumfächer —
Lohnstümpfbücher —
Morbisbücher —

In 3, 6, 9, 12 Monatsen Ihre Ligenstimm

THÜGINA
Eisenbahnstr. 134 Dittrichring 15 Bitterfelderstr. 19
GRÖSSTES FACHGESCHÄFT LEIPZIGS

Sie kaufen bei uns
MÖBEL
gut und billig und
so bequem

Teilzahlung
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Moderne Küchen
Clubgarnituren
Polstermöbel aller Art
Korbmöbel
Teppiche
alle Einzelmöbel
Lieferung auch nach auswärts

1/10 Anzahlung
24 Monats-Raten
Ohne Anzahlung an Festbesoldete

Ritter & Co. G.m.b.H.
Reichs-Str. 8

Zur Krankenpflege
Verbandswatten und Stolle
Binden aller Art
Inhalationsapparate
Luftröhren, Krankentische
Steckbecken, Eisbeutel
Kranken-Fahrtühle
Zimmerklosetts

Gummi-Klose
LEIPZIG-HAINSTR. 17-19

Pfötzlich und unerwartet verschied am 4. März, 21 Uhr, mein lieber Gatte, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Schwiegervater und Großvater, der Schriftsetzer

Karl Christian Mädje
im Alter von 63 Jahren.
Leipzig, Kreuzstraße 22, II.
In tiefster Trauer
Betty Mädje geb. Büttcher
im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Einäscherung findet am 8. März, 15 Uhr, vom Südfriedhof aus statt. Blumenspenden dankend abgelehnt.

Im Trauerfall
rufen Sie bitte
133 67
an, und rufen senden Ihnen
bereitwilligst eine Ausricht-
Trauerhüte
Haus der Hüte
Brüfel 6

Filialen: Grimmischer Steinweg 15, Windmühlenstraße 24,
Eisenbahnstraße 31, Gundorfer Straße 15, Breite
Straße, Ecke Beuchaer Straße, Petersstraße 39/41.

Familien-Nachrichten
Unsere langjährigen Parteigenossen
Albert Rufs u. Frau
zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche
Ortsverein Marktleberg

Für die mit von Parteigenossen so zahlreich zuteil gewordenen Glückwünsche und Ehrungen an meinem 70. Geburtstag spreche ich allen nur hierdurch meinen herzlichsten Dank aus.
Louis Borkmann

Freude und Leid
verkündet Verwandten u. Bekannten die
Familien Anzeiger

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied heute früh unser herzenguter, hoffnungsvoller Sohn, mein lieber, guter Bruder, unser lieber Enkel und Nefte

Walter Reuße
im blühenden Alter von 19 1/2 Jahren.
Leipzig, Augustenstraße 6, pt., den 5. März 1929.
In tiefer Trauer
Die Hinterbliebenen.
Die Trauerfeier mit anschl. Einäscherung findet Freitag, den 8. März, nachm. 1/4 Uhr, in der Kapelle des Südfriedhofes statt.

Warm — kalt — wieder warm

11 Berlin, 5. März.

Die Temperaturmilderung, die am Sonntag und Montag vormittag besonders in Nord- und Mitteldeutschland zu beobachten war, war nicht von langer Dauer. Am Dienstag früh wurden im ganzen Reich wieder Temperaturen unter Null festgestellt. Die Berliner Innenstadt hatte 5 Grad Kälte. In den Außenbezirken wurden 11 Grad unter Null gemessen. Nach Schlesien und Ostpreußen wieder ziemlich tiefe Thermometerstände auf, und zwar 8 bzw. 13 bis 14 Grad Kälte. Etwas wärmer ist es in Nordwestdeutschland, wo die Frühtemperaturen zwischen 4 und 6 Grad unter Null lagen. Auffällig ist die Tatsache, daß es in den normalerweise wärmsten Gegenden des Reiches noch immer recht kalt ist. So hatte Karlsruhe am Dienstag früh 4 Grad, Frankfurt a. M. sogar 6 Grad unter Null. Am Oberlauf des Mains wurden Temperaturen bis zu 13 Grad unter Null gemessen, am Oberlauf des Rheins etwa 2 Grad unter Null. Die Berliner Wetterdienststelle sagt meist wolkiges Wetter ohne wesentliche Niederschläge voraus. Die Temperaturen werden in Norddeutschland nahe bei Null liegen. Im Süden ist besonders mit stärkeren Nachfrösten zu rechnen. In Italien und auf dem Balkan herrscht noch immer recht schlechtes Wetter. Die Temperaturverteilung in Dänemark gleicht ziemlich der in Norddeutschland. Die Schwierigkeiten im Schiffsverkehr bestehen dort unvermindert fort.

Eisbrecher auf der Unterelbe

11 Berlin, 5. März.

Um einer drohenden Hochwassergefahr an der Elbe vorzubeugen, läßt die Elbstrombauverwaltung Magdeburg schon seit längerer Zeit das Eis der Unterelbe aufbrechen. Oberhalb Hamburgs sind sechs Eisbrecher dauernd tätig, soweit es die Witterung erlaubt. Bisher ist es ihnen gelungen, eine etwa 100 Meter breite eisfreie Rinne bis unterhalb der Stadt Lauenburg durchzubreden. Infolge der starken Eisverfestung kommen die Eisbrecher im Laufe des Tages nur etwa 5 bis 7 Kilometer vorwärts. Bei Anhalten der gegenwärtigen Witterung ist eine Hochwassergefahr nicht zu erwarten.

Eine Lawine stürzt einen Zug um

11 London, 5. März.

Im amerikanischen Staat Montana ereignete sich, nach Berichten aus Spokane, ein schweres Eisenbahnunglück. Durch eine Lawine wurden sechs Wagen eines Postzuges kurz vor der Einfahrt in einen Tunnel eine 70 Meter hohe Böschung hinabgedrückt. Drei Männer wurden getötet, vier weitere Personen verletzt.

Blutige Rache eines Lehrlings

11 Berlin, 5. März.

In der Staliner Straße in Berlin schlug der 15jährige Glaschleiferlehrling Willi Brenner den 14 Jahre alten Sohn seines Lehrherrn mit einem Beil nieder. Der Schwerverletzte, der mehrere Glieder am Kopf davongetragen hat, wurde bewußlos in das Krankenhaus Bethanien gebracht. Er wird wohl kaum mit dem Leben davorkommen. Der junge Täter floh zuerst, stellte sich aber dann der Polizei. Zwischen den beiden Jungen soll Zwietracht geherrscht haben. Der junge Brenner fühlte sich durch den Sohn des Lehrherrn schikaniert.

Groß angelegtes Schwindelunternehmen

Der Mann, der alles kann — Die „Natio-Wacht“ vor Gericht

Vor dem Gemeinsamen Schöffengericht Leipzig begann am Dienstag der Prozeß gegen den 38 Jahre alten Kaufmann Artur Schymura, der sich wegen Rückfallsbetrug zu verantworten hat.

Schymura gründete am 1. Oktober 1928 die sogenannte „Natio-Wacht“, die, wie er in Prospekten behauptete, über das ganze Deutsche Reich und über alle deutschsprachigen Länder Europas ausgebreitet sei und sich mit dem Nachweis in Angebot und Nachfrage sowie der Beratung in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten befassen sollte.

Dieses Unternehmen sollte eine großzügige Organisation mit einer Zentrale in Leipzig sein und es sollten

16 Subdirektoren, 16 Bezirksinspektoren, 1600 Platzmeister, 80 000 Vertreter und 2 Millionen Hausvertreter angestellt werden. Leute, die sich für diese „Natio-Wacht“ interessierten, sollten eine lohnende Vertreterstelle erhalten. So schickte Sch. an Arbeitsämter und Angestellten-Organisationen 1200 Exemplare Werbungschriften („Personalauswahl“) und erreichte damit, daß von mindestens 80 Stelleninteressenten eine Karte gezahlt wurden. Außerdem wurden von Sch. noch in anderen Fällen Stellungsinteressenten, und zwar der Privatmann Willi Helbig um 200, der Lagerhalter Waldemar Ifermann um 1000, der Gärtner Gustav Wehne um 800 und die Stille Elsa Andra um 500 Mark gestellter Kautions betrogen. In vielen anderen Fällen blieb es beim Versuch.

Am ersten Verhandlungstag wurde Schymura zur Person und zu seinem Unternehmen vernommen. Der Angeklagte ist schon mehrmals vorbestraft.

Bereits in früheren Jahren hat er verschiedene Firmen, so z. B. die „Dechemie“ und die „Demerit“, die aber nach kurzem Bestehen bald wieder Pleite machten, gegründet.

Wegen Betrug erhielt er damals eine mehrjährige Gefängnisstrafe und fünf Jahre Ehrrechtsverlust. Die Strafe verblühte er bis 27. Juli 1928, wo er mit 90 Mark in der Tasche entlassen wurde.

Während der Strafverbüßung habe er sich mit dem Problem befaßt, Wasser als Betriebsstoff zu verwenden und für diesen Zweck einen Vergaser konstruiert. Diesen Vergaser habe er der AEG, dem Siemens-Konzern, der Daimler A.-G. und der Firma Hugo Schneider A.-G. zum Kauf angeboten. Von allen Firmen habe er aber einen ablehnenden Bescheid erhalten. Als diese seine Pläne ins Wasser fielen, kam er dann 1928,

während der Haft, auf den Gedanken, ein Unternehmen wie der „Natio-Wacht“ aufzumachen.

Er habe sich eingehend mit Wirtschaft und der Arbeitslosigkeit befaßt und wollte letzterer ein Ende bereiten. Er begann nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt mit den Ersparnissen seiner Frau, etwa 400 Mark, seine Pläne zu verwirklichen.

Vor Gericht entwickelte der Angeklagte seine Zukunftspläne. Es sollte dies eine großzügige Sache werden, die Vermittlungen, Auskünfte, überhaupt alle Arten von Geschäften übernehmen sollte. Jeder Auftrag, gleich welcher Art, sollte 2 Mark kosten. In jedem

Ort über 50 000 Einwohner wollte er einen Vertreter setzen und außerdem noch in jedes Haus einen Hausvertreter. Als Musterbeispiel sollte den auswärtigen Vertretern seine „Ordnungszelle“ Leipzig dienen. Alle Fäden sollten am Ende in seiner Hand enden. Am 1. Oktober 1928 richtete Sch. in Leipzig ein eigenes Bureau am Dorotheenplatz 5.

Verschiedene Angestellte, darunter ein Baron von Bistram aus München, wurden engagiert. Der Baron wurde gleich als Subdirektor mit 1000 Mark monatlichem Gehalt engagiert. Jeder Vertreter sollte ein eigenes Auto bekommen.

Durch die eine Karte, die Schymura von den Stellungsinteressenten verlangte, hoffte er, 1200 000 Mark Betriebskapital zu erhalten. In 50 Fällen hat er in Zeitungen nach Geld inseriert. Teils suchte er Teilhaber, teils Filialleiter und Vertreter mit Interesseneinlage oder Kautions. So gelangte er auch in den Besitz einer beträchtlichen Summe, von der Schymura nicht einen Pfennig für sich verwendete, sondern alles in sein Geschäft gesteckt haben.

Als der Münchner Subdirektor, Baron Bistram, von seinem „Chef“ kein Gehalt erhielt, ersahen er eines Tages selbst in Leipzig, um sich diesen großen Betrieb anzusehen. Hier mußte er erfahren, daß die ganze „Natio-Wacht“ ein groß angelegter Schwindel war, dem auch er als Opfer angehörte. Schymura verschwand aus Leipzig, wurde aber bereits am 17. November in Chemnitz verhaftet.

Zu der Verhandlung sind zahlreiche Zeugen geladen, so daß mit einer mehrtägigen Dauer gerechnet werden muß.

Leute mit guter Kinderstube ...

Im vorigen Jahr wurde eine für das gut bürgerliche Familienleben sehr bezeichnende Affäre in Nieder-Salzbrunn bei Waldenburg in Schlesien aufgedeckt. Gut freudensich gestimmte Männer, vorwiegend leitende Beamte der Reichsbahn, hatten sich den Wartesaal 2. Klasse in Nieder-Salzbrunn als Erholungsstätte von der Monotonie ihres häuslichen Daseins ausersuchen und dort höchst „kommunistisch“ die Geselligkeit oder unerfahrene Widerstandslosigkeit eines blutigen Mädchens, das in der Bahnhofswirtschaft bedienstet war, reihum zur Abregierung verdrängter Liebesbedürfnisse benutzt. Die ganze Sache war, wie alles im deutschen Vaterlande, gut organisiert. Man hatte sogar Posten aufgestellt, um nicht unliebsam gestört zu werden. Eines Tages kam dieses idyllische Treiben aber doch auf. Dem Wirt wurde die Nacht entzogen, die Beamten disziplinarisch bestraft und das unglückliche Opfer dieses Slandals in ärztliche Behandlung gegeben.

Vor dem Waldenburger Großen Schöffengericht hatte sich nun der ehemalige Bahnhofswirt wegen Ruppelei zu verantworten, wobei alle liebesbedürftigen Herren aus jener Epoche aufmarschierten und ihre Beteiligung an den ziemlich konkreten Zärtlichkeiten zugeden mußten. Da alle Zeugen bekundeten, der Wirt habe von nichts gewußt, mußte dieser freigesprochen werden. Bezeichnend für Mannesmut und Charakter dieser ehemals guten Biltzer, die größtenteils verheiratet sind, war das merkwürdige Vorleben von ihrem Opfer im Wartesaal — ein wunderbares Bild gutbürgerlicher Moralauffassungen.

Jeder Wurf gewinnt!



Das künstlerisch ausgestattete Sammelalbum „Wer nennt die Länder — kennt die Fahnen?“ ist zum Preise von RM 1.50 in allen Tabakwaren-Spezialgeschäften erhältlich

2 Fahnenbilder der England-Serie Nr. 76 und hieran anschließend alle noch nicht erschienenen Bilder liegen jetzt in den 10-Stück-Packungen CAID mit Goldmundstück 5 Pf.

Massary Privat ohne Mundstück / dick / rund 4 Pf.

Massary Zigarettenfabrik Berlin, Fabriklager: Leipzig, Roststraße 13

Verkehrsbund Leipzig 1928

Spiele, Sport, Körperpflege

Jugenderziehung und Arbeiterport

In Partei- und Gewerkschaftskreisen hört man mehr denn je den Ruf nach Erziehung der Jugend. Was zur Erziehung der heranwachsenden Jugend in Deutschland geleistet wird, kann kaum noch überschätzt werden. Zweifellos steht fest, daß die Massen der Jugendlichen sich am stärksten in die sportlichen Organisationen drängen. Davon zeugt schon die gewaltige Entwicklung des Arbeiterports nach dem Kriege. Aber die Zeit gebt auch mancherlei Gefahren, die sich in den letzten Jahren recht unheimlich bemerkbar machten. Bei der Veranlagung vieler junger Menschen wurde der Sport mehr und mehr Selbstzweck, die geistige Regung wurde abgetötet durch die sportlichen Interessen. Die Arbeiterportverbände erkannten diese Gefahren rechtzeitig und trafen die nötige Vorkehrung. Aber im bürgerlichen Lager sagt man von einem Reform zum andern und treibt nebenher noch einen lächerlichen Wächterdienst mit den „Kanonnen“. Diese ganze sportliche Ankultur nennt man trübseligem „Schichtdienst am Vaterland“. Die „nationale Welle“ ergreift natürlich auch die „neutralpolitischen“ bürgerlichen Sportverbände, die das Hauptkontingent zu den nationalen Wehrverbänden stellen.

Diese Tatsachen konnten den Arbeiterportverbänden nicht gleichgültig sein. Die Abwehrmaßnahmen verlangten einen gründlichen Aufbau neuartiger Jugenderziehung. Man mußte der sporttreibenden proletarischen Jugend eine Idee geben, die auch in geistiger Beziehung Begeisterung verlangte. Die sozialistische Weltanschauung wurde zum Glaubensbekenntnis erhoben. Die Abkehr von nur körperlicher Erziehung vollzog sich in ganz kurzer Zeit. So kann heute mit Freude gesagt werden: die meisten Arbeiterportverbände haben auch eine treffliche Jugenderziehung in sich vereinigt, wobei die Arbeiterjugendverbände die stärksten Anreger mit waren.

Körperliche und geistige Betätigung, harmonisch vereint, bilden erst die Seele des Menschen, eine ist ohne das andere undenkbar; beide verlangen gegenseitige individuelle Ergänzung. Es wäre eine durchaus verfehlte Aufgabe der Arbeiterportvereine, nur hervorragende Wettkämpfer heranzubilden. Der Sieg oder die Punkte dürfen nicht zu einem Leistungsprinzip werden. Die sportliche Erfolge sind für den Verein schön und erfreulich, für die übrige Arbeiterbewegung sind sie von geringer Bedeutung. Allerdings gibt es einen gewaltigen Unterschied in der Art des Wettkampfes zwischen einem sozialistischen und bürgerlichen Sportler: es ist ein großer Unterschied, ob ich meinen Gegner mit Freude und natürlicher Kraft niederzwinge, oder aus Angst, gepaart mit gemeingefährlichen Intentionen, er könnte meinen sportlichen Ruhm schmälern. Nach sozialistischer Art Sport treiben, heißt Gemeinschaftsinn pflegen, meinen Mitmenschen ertragen lernen in allen Formen des menschlichen Erlebens. Die sportliche Betätigung im Gewande jugendlicher Freude soll eine feste Kraftquelle für den Sozialismus sein. Den Kampf zur Erreichung des sozialistischen Zieles werden die Arbeiterportler in vorderster Linie führen. Aus gemeinsamer Arbeit, Liebe und Gebuld wird dann die proletarische Macht erstehen. F. Sch.

Vielseitigkeit im Arbeiterport

Es ist sehr interessant, welche Sportarten in den Verbänden der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale am meisten betrieben werden. Von den 21 Verbänden, die der Sozialistischen Arbeiter-Sportinternationale angehören, betreiben:

Fußball 19 Länder, Turnen 19 Länder, Leichtathletik 17 Länder, Wassersport 14 Länder, Turnspiele 13 Länder, Schwereathletik 13 Länder, Wintersport 10 Länder, Radsport 8 Länder, Touristik 8 Länder, Bogens 8 Länder, Tennis 5 Länder, Wassersport 4 Länder, Schießen 2 Länder, Judo 2 Länder, Hockey 2 Länder, Sportschießen 1 Land, Radkultur 1 Land.

Außerdem gibt es in 8 Ländern eigene Samariterabteilungen, in 3 Ländern eigene Jugendverbände, in 3 Ländern eigene Schachverbände, in 2 Ländern eigene Radoverbände.

Das Schwingen

Eine national-schweizerische Art des Ringkampfes.

In der Schweiz werden drei Arten des Ringens gepflegt: Griechisch-römischer Ringen, Freiringen und Schwingen. Die beiden ersten Arten sind internationale Gemeingut. Ihre Technik ist also bekannt. Das griechisch-römische Ringen hat in der Schweiz keine Abgrenzung in den Scherachseil-Verbindungen gefunden, das Freiringen ist hierzulande bei den Turnvereinen zu Hause; für das Schwingen bestehen besondere Schwingenverbände, deren Mitgliedschaft sich aus Turnern und sogenannten „Sennen-Schwingern“ — das sind Welter — zusammensetzt.

Die Technik des Schwingens gleicht am meisten der des freien Ringens. Der bezeichnende Unterschied liegt aber darin, daß beim Schwingen die Hände vor Beginn des Kampfes in bestimmter Weise Griff fassen müssen. Der Schwinger greift zu diesem Zwecke die „Schwinghaken“ an. Das ist eine Art kurzer Sporthose aus sehr starkem, grobem Tuch. Der obere Rand der Hose (Bund) ist dazu noch durch einen Lederzug verstärkt, die unteren Ränder der „Hosenlöcher“ werden aufgestülpt. Der Schwinger ergreift nun mit seiner rechten Hand den Gegner am Gürtel zwischen der Hüfte und der Mitte des Rückens. Die linke Hand nimmt Griff am aufgestülpten rechten „Hosenlocher“ des Gegners.

Und nun beginnt das Schwingen. Der eine Schwinger versucht den andern vom Boden zu heben, in einer bestimmten Art herumzuführen und auf den Rücken zu werfen. Die Technik ist gut ausgebildet und enthält eine ganze Reihe von sogenannten Schwingen. Es ist erlaubt, den Griff der einen Hand loszulassen und den Gegner in einer andern Art neu zu fassen. Dabei sind auch Griffe unterhalb der Hüfte, z. B. an den Oberarmen, am Knie usw. gestattet. Wie beim Freiringen ist auch Beinarbeit, also Beinheben, Einheben mit dem Bein usw. erlaubt. Die Literatur über die Technik des Schwingens ist nicht sehr zahlreich. Das beste bietet das demnächst in Zürich erscheinende Schwingenbuch des eidgenössischen Schwingerverbandes. Dr. Steinegger-Bern.

Besterbericht der Arbeiter-Turn- und Sportvereine

Ort	Temporäre Ged. Verh.	Schweizer Einn.	Schweizer Verh.	Sportplatz
Oberreitheim	— 5	160	Halbjahre	St. und Pabel ausgegliedert
Niedelbach	— 7	170	—	—
Sonnenberg-Pöhlberg	— 4	135	—	—
Sonnenberg	— 4	135	—	—
Thurnberg	— 3	135	—	—
Edelbach	— 3	115	gleichmäßig	—
Ringsdorf, Mühlberg	— 7	150	Halbjahre	—
Thurnberg	— 4	150	vorberichtet	gut
Stellina	—	—	—	—
Thurnberg	—	—	—	—
Thurnberg	— 4	105	Halbjahre	—
Thurnberg	—	—	—	—
Thurnberg	— 2	70	—	—
Thurnberg, Gr. Thurnberg	—	—	—	—
Thurnberg	— 3	80	Halbjahre	—
Thurnberg	—	—	—	—

Der Deutsche Verkehrsbund Leipzig hielt am 28. Februar im Volkshaus seine Jahres-Delegierten-Conferenz ab. Der Jahresbericht, den der Bevollmächtigte Keder erstattete, lag den Delegierten im Umfange von 88 Druckseiten vor. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß die örtliche Verwaltung an im Jahre 1928 ihr ganzes Bestreben darauf richtete, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder zu verbessern. Es wurden 12 Lohnbewegungen und Streiks geführt, die sich auf 2580 Betriebe mit 32 612 Beteiligten erstreckten.

Für 13 486 Beteiligte wurde ein wöchentlicher Mehrlohn von 0,2978,40 Mark erzielt. Außerdem wurden für 8150 Beteiligte sonstige Verbesserungen geschaffen: einmalige Zulagen, Erhöhung der prozentualen Zulagen für Kraftfahrer und Kohlenarbeiter, Verbesserungen der Feriengehälter. Die von den Unternehmern geplanten Verschlechterungen wurden abgelehnt. Die Spitzenlöhne schwanken zwischen 41,10 und 66,— Mark pro Woche für männliche und 29,70 und 42,10 Mark pro Woche für weibliche Mitglieder. Die Durchschnittslohnhöhen schwanken zwischen 1 Mark und 7,50 Mark pro Woche und betragen im Durchschnitt 3,65 Mark pro Woche für männliche und 1,90 Mark pro Woche für weibliche Mitglieder. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind für fast alle Mitglieder tariflich geregelt; es bestanden am Jahreschluß 31 Manteltarife und 41 Lohnstarife, die sich auf 5336 Betriebe mit 15 954 Mitglieder erstreckten.

In den verflochtenen 25 Jahren sind von unserer Verwaltungstelle 7110 Lohnbewegungen und Streiks für 103 260 Betriebe mit 1 206 010 Berufsangehörigen geführt worden. Diese Zahlen sind der beste Beweis dafür, daß unsere Organisation eine rechte Kampfsorganisation ist. Vor 25 Jahren war noch das Kost- und Logiswesen in unsern Betrieben gang und gäbe; neben der Kost, die vielfach von Scheinlohnen nicht zu unterscheiden war, wurden Wochenlöhne von 5 Mark gewährt, von denen im Winterhalbjahr noch 3 Mark in Abzug kamen. Wenn unsere Mitglieder diesen Zustand mit dem heutigen vergleichen, dann werden sie finden, daß vom Verkehrsbund ein großes Stück Kulturarbeit geleistet wurde.

Nun ist von den Kommunisten eine neue Parole erfunden worden: bei den Kämpfen der Gewerkschaften sollen Kampfleitungen mit Unorganisierten gebildet werden. Unorganisierte sollen nicht nur die Leitung der Wirtschaftskämpfe mit in die Hand nehmen, sie sollen auch über die von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zusammengetragenen Kampfmittel mit verfügen können.

Von unsern Mitgliedern wurde es bisher vielfach abgelehnt, mit Unorganisierten überhaupt zusammenzuarbeiten,

und zwar aus dem Grunde, weil von diesen sehr oft Spiegeldienste für die Unternehmer geleistet wurden. Durch diese Gesellen ist mancher brave Familienvater gemarginalisiert worden und mußte durch die Organisation über Wasser gehalten werden. Und nun sollen die Unorganisierten unsere besten Freunde werden! Die Gewerkschaft lehnt derartige Parolen ab. Mitglieder, die sie trotzdem propagieren, stellen sich außerhalb der Bundesorganisation und müssen die Konsequenzen übernehmen.

Der Rechtschutz ist ein sehr wichtiges Kapital in unserer Organisation. In den letzten 5 Jahren sind 1054 Rechtschuldanträge eingegangen, von denen 43 abgelehnt werden mußten, weil die betriebl. Mitglieder noch keine 15 Wochenbeiträge geleistet hatten. Erledigt wurden 989 Fälle. Die Höhe der Strafverfügungen war 21 385,90 Mark, außerdem waren Schadenersatzansprüche in Höhe von 212 683,82 Mark gestellt. Bei den gerichtlich ausgetragenen Fällen wurden über die angeklagten Sünder 5 Jahre, 9 Monate und 20 Tage Gefängnis und 11 588,55 Mark Geldstrafe verhängt. Die Rechtschulden betragen für uns 32 656,18 Mark. Beteiligt waren Kraftfahrer, Straßenbahner, Vorfahrer, Expeditions-, Transport-, Handels- und Genossenschaftsarbeiter. Am Jahreschluß 1928 gehörten der Rechtschutz- und Haftpflichtversicherung 1985 Mitglieder an.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Jahre 1928 insgesamt 18 632. Stellen wurden gemeldet 15 610, besetzt 15 198 Arbeitslose wurden am Jahresende 1928 1517 gezählt, 331 mehr als am Jahresende 1927.

Aus der Mitgliederbewegung

Ist zu entnehmen, daß unsere Verwaltungsstelle am Jahresanfang 1928 14 627 Mitglieder zählte. Im Laufe des Jahres hatten wir eine Mitgliederzunahme von 1327 zu verzeichnen, so daß am Jahreschluß der Mitgliederbestand 15 954 betrug. Die Entwicklung der Organisation war in den Orten rings um Leipzig ebenfalls erfreulich. Hier ist der Fortschrittsstand nunmehr überholt; in 20 Orten beträgt die Gesamtmitgliedschaft 1052. Auch die Organisierung der Kraftwagenfahrer schritt in diesen Orten vorwärts, so daß wir am Jahreschluß 1928 bereits 300 organisierte Kraftfahrer mußtern konnten.

Die Situation ist leider immer noch sehr groß; es ist dringend notwendig, ihr durch Auffklärung entgegenzuarbeiten. Aus der Mitgliederbewegung ist übrigens auch ersichtlich, daß in den verflochtenen 25 Jahren 711 Mitglieder aus andern Organisationen zu unserer Gewerkschaft übergetreten sind, während von uns zu andern Verbänden 957 Uebertritte erfolgten, also 246 mehr. Das ist ein Beweis dafür, daß von unserer Gewerkschaft ein großes Stück Planarbeit geleistet wurde.

Aus der agitatorischen und geschäftlichen Tätigkeit ist zu erwähnen, daß in der Berichtzeit 1200 Verammlungen, Betriebsbesprechungen und Sitzungen stattfanden. Verhandlungen mit Unternehmern und deren Schuldigen erfolgten in 174 Fällen, in 34 Fällen mit Behörden. Vertretungen von Mitgliedern erfolgten bei den Gerichten und am Schlichtungsausschuß in 564 Fällen.

Die Zahl der Erkrankten betrug 2568. Hierbei marschieren die Verlegungen im Beruf mit 618 an der Spitze. Diese

erschreckend hohe Zahl der Unfallverletzten

muß allen Funktionären und Mitgliedern Veranlassung geben, dafür zu sorgen, daß die in den Betrieben vorhandenen Schutzvorrichtungen baldigt verbessert werden. Dort, wo sie auf Schwierigkeiten bei den Unternehmern stoßen, ist dies dem Verbandsbureau zu melden, damit unverzüglich Abhilfe geschaffen wird.

An Unterhaltungen der verschiedenen Art sind in dem abgelaufenen Geschäftsjahr 123 467,63 Mark gezahlt worden. In den letzten 25 Jahren hat unsere Organisation am Orte 7 667 044,20 Mark Unterhaltungen an Mitglieder gezahlt. Darunter sind 5 903 453,20 Mark, die für Wirtschaftskämpfe verausgabt wurden. Die in der Inflationszeit für Unterstützungszwecke verausgabte Summe in Höhe von 948,9 Billionen ist mit 951 Mark eingestuft.

Die Funktionäre der Verbände der Eisenbahner und der Staats- und Gemeindearbeiter und des Verkehrsbundes haben sich wiederholt mit der Frage der

Schaffung einer Groß-Organisation

beschäftigt. Dieser Gedanke wurde freudig begrüßt, und man glaubte, daß der Zusammenschluß mit Jahresanfang 1929 herbeigeführt werden könnte. Das ist bedauerlicherweise nicht erfolgt, doch haben die weiteren Verhandlungen nunmehr das Ergebnis erzielt, daß die Differenzpunkte beseitigt sind, und wiewohl dem Zusammenschluß von Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und Verkehrsbund nichts mehr im Wege steht. Wahrscheinlich wird der Zusammenschluß Ende 1929 nach den Verhandlungen erfolgen. Kräftiglich führt das dazu, daß die Eisenbahner dem Beispiel folgen.

Anteilnehmend gab der Kassierer Runge den Kassieren Bericht, aus dem zu entnehmen war, daß die Gesamtsumme im Geschäftsjahr 1927/28 757 041,07 Mark betrug, dem eine Forderung von 632 251,58 Mark gegenüberstand, so daß ein Kassierbestand der Lokalfassen von 125 189,39 Mark vorhanden war. Außerdem ist noch

Inventar im Werte von 42 000 Mark vorhanden. Der Lokalfassenbestand, der 1927 im Durchschnitt pro Mitglied 0,80 Mark betrug, ist im Berichtsjahr auf 7,85 Mark gestiegen. Aus der Lokalfasse wurden in der Berichtzeit 20 000 Mark für den Erweiterungsbau des Volkshauses abgeliefert, so daß nunmehr 50 000 Mark der Volkshausverwaltung von Seiten unserer Gewerkschaft zur Verfügung gestellt worden sind. Für Wirtschaftskämpfe sind dem Bundesvorstand 30 000 Mark aus der Lokalfasse überwiesen worden. Für Streiks und Lohnbewegungen am Orte wurden 7504,50 Mark verausgabt, für Rechtschutz 1246,31 Mark, an Weihnachtsunterstützung für erwerbslose Mitglieder 10 938,— Mark, für Reiseunterstützung 158,40 Mark, für Konferenzen und Bundestag 12 350,35 Mark, so daß die Ausgaben aus der Lokalfasse in der Berichtzeit 82 287,56 Mark gegenüber 58 700,59 Mark im Jahre 1927 betragen haben. Ohne diese Ausgaben wäre der Ortsfassenbestand ein wesentlich höherer. Die Revisionskommission ließ durch Camiller beantragen, dem Kassierer Entlastung zu erteilen, was einstimmig beschlossen wurde.

An dem Bericht schloß sich eine längere Diskussion, in welcher die Komitè ihre üblichen Balde- und Bekenntnisse verzapften. Es wäre schade um das Papier, etwas darüber zu berichten. Kurz und bündig wir herausgreifen, daß nämlich die Kommunisten den Revisionsbericht bemängelten. Sie wollten gehört haben, daß einige Einlasser Untersuchungen begangen hätten, sie verlangten die Befragung der Namen. Dem wurde mit dem hinzugefügten Rechnung getragen, daß von den drei in Betracht kommenden Einlassern die Gelder zurückerstattet worden sind. Damit ist aber die KP-Diskussion, sei gleichzeitig mitgeteilt, daß zwei Rotfrontkämpfer daran beteiligt waren.

Bei der Wahl der Ortsverwaltung und Revisionskommission wurden die Revisionskommissionsmitglieder wiedergewählt. Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden die von den einzelnen Sektionsleitungen gemachten Vorschläge berücksichtigt, eine Änderung trat nur insofern ein, daß an Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Heinrich Hammer Koll. Fritz Hammer und an Stelle der Kollegin Schugart die Kollegin Priehl gewählt wurde. Zu der am 10. März in Chemnitz stattfindenden Konferenz wurden die von der Ortsverwaltung in Vorschlag gebrachten Kandidaten als Delegierte gewählt.

Englische Sozialpolitik

Am das Abkommen von Washington — Die Not der Arbeitslosen

Am 11. März wird in Genf eine Sitzung des Verwaltungsrats der Internationalen Arbeitsämter stattfinden. Dabei wird auch das Washingtoner Abkommen über den Wirtschaft und tag wieder eine Rolle spielen. Der englische Arbeitsminister Steel-Maitland kommt nach Genf. Auf Drängen der Labour-Partei wird der Minister seine Forderungen zum Washingtoner Abkommen genau präzisieren. Die Haltung der englischen Regierung ist zur Zeit unter dem Druck des Wahlkampfes etwas entgegenkommender. England will, wie verlautet, „nur“ in der Frage der Durchführung und Auslegung restlose Klarheit haben. Es will vor allem Sicherungen für eine einheitliche Durchführung in allen in Betracht kommenden Ländern.

ITB London, 5. März.

Der Vollzugsausschuß des Bergarbeiterverbandes wurde heute von Premierminister Baldwin empfangen. Die Bergarbeitervertreter schilderten ihm die Lage der Arbeitslosen in den Kohlenbezirken und verlangten, daß die Regierung sofortige Maßnahmen ergreife. U. a. wurden gefordert: Maßnahmen zur Reorganisation der Industrie, wissenschaftliche Ausnutzung der Kohle, Aufhebung der Acht-Stunden-Akte, Pensionierung aller über 60 Jahre alten Bergleute, Nichtbeschäftigung von Personen unter 16 Jahren in der Bergbauindustrie, Abtransport der Arbeitslosen aus den unergiebigsten Gebieten nach solchen, die ausreichtreicher sind, und geschlechtliche Maßnahmen, um den Zustrom auswärtiger Arbeiter nach den Bergwerksbezirken zu verhindern. Nach einer langen Aussprache wurde beschlossen, einen gemeinsamen Bericht über die Konferenz zu veröffentlichen. Die Bergarbeiterführer erklärten nach der Konferenz, sie seien von der Antwort des Premierministers enttäuscht, denn sie hätten keinerlei Zusagen in der gewünschten Richtung erhalten.

Leipziger Metallarbeiter

Die Dienstagverhandlungen zwischen Gewerkschafts- und Unternehmervertreter wurden nach ständiger Dauer ohne Ergebnis abgeschlossen. Die Verhandlungen blieben bereits im Stadium der Vorbesprechungen stecken. Freitag soll weiterverhandelt werden.

Lehrlinge in den Anwaltsbüros

In einigen Wochen treten Tausende von jungen Menschen in das Erwerbsleben ein. Manche von ihnen werden auch beachtlichen, ihren Lebensunterhalt in den Büros der Rechtsanwälte und Notare zu suchen. Die Arbeits- und Gehaltsbedingungen in diesem Beruf lassen in vieler Hinsicht zu wünschen übrig. Die Ausbildung ist in der Regel mangelhaft. Die gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen werden gerade von den Anwälten häufig überschritten. Die Leistung täglicher 10 Stunden in den Anwaltsbüros ist an der Tagesordnung. Ueberstundenvergütung wird den Anwaltsangehörigen meist verweigert. Kaum eine andere Arbeitgebergruppe legt dem berechtigten Verlangen auf Abschluß von Tarifverträgen so große Widerstände entgegen, wie es die Anwälte und Notare tun. Diese Umstände machen es notwendig, daß die Eltern mit doppelter Vorsicht prüfen, ob sie ihren Sohn oder ihre Tochter dem Bureau eines Anwalts anvertrauen sollen. Wo es dennoch geschieht, sollte auf Vereinbarung eines schriftlichen Lehrvertrages besonderes Gewicht gelegt werden. In allen Fragen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis des Lehrlings ergeben, erteilt die zuständige Gewerkschaft, der Zentralverband der Angestellten, Sitz Berlin SO 36, Oranienstraße 40/41, gern Rat und Hilfe.

Das Reichsstatistikamt verabschiedete am Montag unter dem Vorsitz des Reichsstatistikers den Entwurf eines Bergarbeiters-Gesetzes, das demnächst dem Reichsrat und Vorläufigen Reichsregierungsrat zugehen wird.

Für die papierverarbeitende Heimindustrie des Freistaates Sachsen sind die Mindestentgelte für die Herstellung von tauchfesten Stülch Beuteln — normales Papier — folgendermaßen neu geregelt worden: Für Bodenbeutel ohne Futter 1,40 Mark, mit Futter 2 Mark, für Seitenbeutel ohne Futter 3,05 Mark, mit Futter 3,65 Mark, für flache Beutel ohne Futter 0,85 Mark, mit Futter 1,35 Mark. Die Neuregelung gilt vom 1. März bis zum 31. Dezember dieses Jahres und hat gemäß § 36 des Hausarbeitsgesetzes die Wirkung eines allgemein verbindlichen Tarifvertrages.

Die Tarifvertragsverbände der Versicherungsangestellten haben unter Führung des ZVd den mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen am 20. Februar 1928 abgeschlossenen Gehaltsstarif zum 31. März gekündigt.

Der Metallindustriellenverband von Köln und Umgebung, der bereits das Lohnabkommen kündigte, hat nunmehr auch das Arbeitszeitabkommen zum 31. März gekündigt. Er wünscht ebenso wie beim Lohnabkommen die Verlängerung auf die Dauer von zwei Jahren ohne jede Abänderung der gegenwärtig geltenden Bestimmungen.

Delfriede

Von Sir Henry Deterding, allmächtigem Beherrscher der Shellgruppe, ist fast ein Jahr hindurch ein erbitterter Kampf gegen die Sowjetregierung geführt worden, weil sie gewagt hatte, die Konzession für Produktion und Verkauf ihres Naphtas an eine Tochtergesellschaft der amerikanischen Standard Oil zu vergeben. Deterdings Erbitterung kann man nachfühlen, weil mit russischem Petroleum den Erzeugnissen der Royal Dutch-Shell-Gruppe, an der die englische Regierung beteiligt ist, nicht nur in England selbst Konkurrenz bereitet wurde, sondern auch in anderen Gebieten, die bis dahin Shell's ureigenes Domäne gewesen waren. Daß Deterding ein Fuchs ist, wußte man ohnehin. Man hatte überdies jetzt Gelegenheit, an einem anschaulichen Beispiel die Richtigkeit des Sprichwortes zu erleben, daß einem Fuchs die Trauben, an die er nicht herankommt, zu teuer sind. Herr Deterding und die ihm gefolgte Presse wußten sich an Entrüstung über die Verletzung des heiligsten Privateigentums durch die russischen „Delibele“ gar nicht zu fassen, die über Eigentum verfügten, das ihnen nicht gehörte, und mit denen die amerikanische Konkurrenz Deterdings auch noch gemeinsame Sache machte, anstatt sich an ihrer Vernichtung zu beteiligen. Ganz erst allerdings war die moralische Entrüstung des strengeren Puritaners Deterding nicht. Man mußte, daß die Shell selbst bis in das Jahr 1926 hinein von den Russen Öl gekauft und es in Indien verkauft, ja sich sogar bei den Delibelen um ein Verkaufsmonopol, für „gestohlenes“ russisches Petroleum beworben hatte. Deterding würde das Verkaufsmonopol sogar bekommen haben, wenn nicht die Standard Oil einen höheren Preis geboten hätte. Sie verpflichtete sich nicht nur, den Export, sondern auch die Produktion des Erdöls zu fördern, indem sie sich erbot, in Rußland mit eigenem Geld und mit ihren eigenen Ingenieuren Raffinerien zu errichten, um höherwertige Petroleumprodukte zu fabrizieren.

Die moralische Entrüstung allein war aber nicht ausreichend, um das russische Öl von den Märkten zu verdrängen, die bisher von Shell beherrscht worden waren. Es drang in alle die Gebiete ein, die fruchtbar für die Velleferung mit russischem Öl glänzend gelegen sind, vor allem nach Indien, aber auch in die Küstengebiete des Mittelmeeres, nach Italien, nach Frankreich und Spanien, ja sogar in die englische Kolonie Ägypten. Es setzte ein mit gegenseitiger Unterbietung geführter Preiskampf zwischen Shell und Standard Oil ein, bei dem es besonders um den indischen Markt ging. Die Kosten dieses Kampfes betragen nach amerikanischer Berechnung bei der Standard Oil 4 Millionen, bei der Shell gar 12 Millionen Dollar.

Dieser kostspielige Kapitalverschwendungskrieg ist ein deutliches Zeichen dafür, daß im Kampf um das Erdöl der Kampfpreis sich gewandelt hat. Dem Kampf um die Erdölquellen weicht mehr und mehr der Kampf um die Erdölmarkte. In der Petroleumindustrie der Welt herrscht eine Ueberzeugung, die dazu treibt, wertige neue Erzeugnisse an sich zu reihen, als die vorhandene Erzeugung einzuführen. In dem Jahresbericht der Standard Oil of New Jersey von 1927 wird darauf hingewiesen, daß zu der Ueberproduktion in USA, die ohne die Einschränkung von 1927 noch um hundert Millionen Faß höher gewesen wäre, die neue Produktion von Venezuela, Kolumbien und Mexiko polonien hinzukommt. Nicht nur in den Vereinigten Staaten, auch in Mexiko ist eine beträchtliche Produktionsbeschränkung vorgenommen worden. Diese Einschränkung ist zweifellos eine Waffe im Kampf gegen die mexikanische Regierung, die der hemmungslosen Ausbeutung des Landes durch das amerikanische Transkapital Widerstand bereitet. Die Produktion Mexikos betrug 1927 61 Millionen Faß, gleich rund 5 Prozent der Weltproduktion. 1928 wird sie kaum 50 Millionen Faß erreichen, das ist nur ein Viertel der Höchstproduktion des Jahres 1921. Venezuela dagegen, das 1913 überhaupt noch kein Petroleum produziert hatte, erreichte 1927 eine Erzeugung von 63 Millionen Faß, und die Zunahme des Jahres 1928 wird auf mehr als die Hälfte, die Produktion also auf 105 Millionen Faß geschätzt. Damit ist Mexiko durch Venezuela von dem dritten Platz unter den erdölproduzierenden Ländern der Welt verdrängt worden. Die Produktion Venezuelas ist fast vollständig, die Kolumbiens vollständig in den Händen der Standard Oil, die demnach die eigene und die mexikanische Erzeugung gegenüber der venezuelischen und kolumbianischen einschränkt. Das geschieht einerseits, um die angeblich vor der Erschöpfung stehenden Quellen der Vereinigten Staaten zu schonen, und andererseits wohl, weil die Produktion in neu erschlossenen Quellen weniger Kosten verursacht, als in alten.

Die allgemeine Ueberproduktion zwingt jedoch, eine allseitige Produktionsbeschränkung vorzunehmen, wenn ein Preisniveau erreicht werden soll. Dazu ist die Voraussetzung, daß der Kampf der beiden Hauptproduzenten, Standard Oil und Shell, die zusammen über 80 Prozent der Weltproduktion beherrschen, eingestellt und durch Verständigung ersetzt wird. Sie ist infolgedessen herbeigeführt, als schon vor einiger Zeit die Standard Oil zugestimmt hatte, den Kampf um den indischen Markt einzustellen. Es ist aber Herr Deterding nicht gelungen, die Standard Oil zur Aufgabe ihres Vertrages mit der Sowjetregierung zu bewegen. Er blieb unausgerollt, und Deterding mußte sich wohl oder übel dazu herablassen, ihn anzuerkennen. Die Verständigung zwischen Standard Oil und Shell war also in die Wege geleitet. Da aber eine noch so gut geregelte Produktionsbeschränkung nicht durchführbar ist, solange ein Außenfeind existiert, von dem man befürchtet muß, daß er die Vereinbarung durchkreuzt, mußte Herr Deterding seiner so empfindlichen Gemütern einen Stoß versetzen und mit den „Delibelen“ wegen Ueberlassung russischen Oels verhandeln. Bei den Verhandlungen, die schon vor Monaten begonnen hatten, stellte er, um seiner strengsten kapitalistischen Moral Gemüge zu tun, die Bedingung, daß den ehemaligen Besitzern der Naphtaquellen eine Entschädigung gezahlt wird. Als das abgelehnt wurde, schlug er den Russen vor, die Entschädigung in der harmlosen Form von Zinsen erscheinen zu lassen. Er hielt offenbar die Russen für ebenso weisheitsvoll in bezug auf ihre politischen Grundzüge, wie er sich selbst in bezug auf seine moralischen Grundzüge erwies. Die sowjetrussische Regierung lehnte jede Art der Entschädigung ab, und Herr Deterding hat sich schließlich dazu bequemen müssen, wenn er zu einer Verständigung mit den Russen kommen wollte, seine Forderung fallen zu lassen.

Diese Verständigung ist da. In diesen Tagen ist ein Vertrag zwischen der von der Shellgruppe beherrschten Anglo-American Oil Company, welche die größten englischen Naphta-Gesellschaften vertritt, und der Sowjetorganisation zum Vertrieb von Naphta nach England, der Russian Oil Products, zustande gekommen. Die Abmachung, die für drei Jahre abgeschlossen ist, enthält die Anerkennung der Russian Oil Products als gleichberechtigte Handelsorganisation auf dem englischen Markt. Die Abmachung sieht die Lieferung beträchtlicher Mengen von russischem Petroleum, Naphtha und Gasolin für die Firmen vor, die der Anglo-American-Oil-Company angehören, in welcher die unter Leitung Deterdings stehende Gesellschaft die Hauptrolle spielt. Nähere Angaben über den Inhalt des Vertrages sind von Sokolnikow, dem Vorsitzenden des russischen Naphta-Syndikats, gemacht worden. Danach wird dem russischen Naphta-Syndikat auf dem englischen Markt ein Jahresablauf von etwa einer Million Tonnen Naphta-Produkte gesichert. Sokolnikow wies ferner darauf hin, daß amerikanische Firmen, welche die Sowjet-Naphta-Produkte zum Vertrieb auf orientalischen und anderen Handelsmärkten kauften, die Forderung der fünfprozentigen Abgabe, mit denen Deterding die Entschädigung für die ehemaligen Naphta-Quellen-Besitzer bezahlt haben wollte, und die offen politischen Charakter getragen hätten, nicht unterläßt, sich vielmehr bereit erklärt hätten, auf Anerkennung des Rechtes auf ungehinderten Abfluß des Sowjets-Naphtas hinzuwirken. Es ist also zweifellos, daß Deterding, der die weltherrschenden Armeen unterstützt hat, um mit ihrer Hilfe die russischen Naphta-Quellen in die Hand zu bekommen, mit der Sowjet-Regierung jetzt nicht nur hat Frieden schließen müssen sondern überdies einen Frieden, der eine weitestgehende, mindestens moralische Niederlage Deterdings bedeutet. Die englische Regierung, die an der Royal-Dutch-Shell-Gruppe beteiligt ist, hat die Sowjet-Regierung zwar immer noch nicht amtlich anerkannt, aber diese ist von der Shellgruppe als ebenbürtiger Geschäftspartner anerkannt worden.

Die Sowjet-Regierung sieht sich als drittes Glied neben Standard Oil und Deterding in das entscheidende, marktbeherrschende Weltkartell ein. Damit ist der Ring des vollständigen Weltmonopols geschlossen, und der Weg für planmäßige Produktionsbeschränkung zum Zwecke der Preissteigerung geöffnet. Die erste praktische Auswirkung des englisch-russischen Paktes ist auch bereits eingetreten: die Einzelhandelspreise für Benzin sind in England um 2 1/2 Pence für die Gallone und für Schweröl um 1 1/2 Pence für die Gallone heraufgesetzt worden. Eine Rückwirkung dieser Preissteigerung auf die übrigen europäischen Märkte steht zweifellos bevor. Man sollte meinen, daß es die Aufgabe eines proletarischen Staates ist, der Ausbeutung der Massen durch die großen Kapitalmächte Widerstand zu leisten. Statt dessen macht sich der „Staat der Arbeiter und Bauern“ selbst zum Knecht des Preiswunders der amerikanischen und holländischen Erdölkapitalisten. Das ist wohl der Preis, den Sowjet-Rußland für die Hilfeleistung zahlte, in Zukunft mit englischen und amerikanischen Wirtschaftskrediten beglikt zu werden. In diesem Falle dürfte es aber nicht England, sondern Rußland sein, das Zuechtungswürdige ökonomischer wie politischer Art wird machen müssen. Denn beim Naphta ist Sowjet-Rußland der gebende, beim Kredit aber der empfangende Teil.

Bindar und Frischau

SWD Zwischen der Bindar Fahrradwerk U.G. Berlin und dem Fahrradhaus Frischau, Offenbach, werden Verhandlungen geführt, um die beiden Unternehmungen zu verschmelzen. Die Bindar wurde seinerzeit von der Arbeiterbank erworben. Das Fahrradhaus Frischau steht dem Arbeiterbankverein (Solidarität) nahe.

Schule des schaffenden Volkes

Die Tagung der freien Schulforschungsgesellschaft Sachsens in Dresden wurde dieses Jahr durch das Thema „Die Schule als Kulturmittelpunkt des schaffenden Volkes“ für die arbeitende Bevölkerung besonders bedeutsam. Reichstagsabgeordneter Dr. R. Löwenstein hatte es übernommen, diesem Thema Inhalt und Farbe zu geben. Und mit seiner glänzenden Beredamtheit zeichnete er in öffentlicher Versammlung am Sonntag in dem großen Trianonssaal vor fast 1000 Personen das Schulideal der arbeitenden Klasse. Daß es sich dabei nur um die weltliche Schule handeln kann, ist für einen als fortschrittlicher Schulpolitiker bekannten Sozialisten natürlich eine Selbstverständlichkeit. Aber wie er aus der gesellschaftlichen Entwicklung das Ziel der weltlichen Schule herausstellte, ist für jeden, der sich mit Schulfragen befaßt, deswegen wichtig, weil nicht auf die Ablehnung und Abweisung des Vergangenen, sondern positiv auf die gesellschaftliche Gestaltung der Gegenwart und Zukunft das Hauptgewicht gelegt wurde. Denn, so betonte Löwenstein, die Erziehung ist eine Funktion der Gesellschaft und die Schule eine Einrichtung derselben. Weil aber, im Gegensatz zur früheren religiösen Durchsetzung, unser ganzes gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben weltlich geworden ist, kann auch unser öffentliches Erziehungswesen nur diesen Charakter haben. Dabei wird die weltliche Schule nur soweit und so schnell wirksam werden, als die arbeitenden Massen die Kraft zur Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft haben. Denn die weltliche Schule steht ganz einwandfrei und uneingeschränkt im Dienste der Zukunft. Sie dient bewußt der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie will, ausgeht auf dem demokratischen Grundgedanken und der Produktionssozialismus, in der heutigen Gesellschaft und Wirtschaft zur Solidarität des Arbeitslebens und zur sozialen Verantwortung erziehen. Bei der Verbundenheit und Verantwortlichkeit aber dieser weltlichen und gesellschaftlichen Probleme muß die weltliche Schulforschung eine internationale Bewegung sein. Sie führt heraus aus der Enge abhängiger patriotischer Lebens- und Wirtschaftsauffassung über das heutige System der Ausbeutung zu einem System der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse und einer alle umfassenden Verantwortung. Dazu brauchen wir weder Religion noch Philosophie, sondern nur die Erkenntnis der Wirklichkeit und ihrer gesellschaftlichen Zusammenhänge. Nicht das Privatinteresse, sondern das allgemeine soziale Interesse steht in der weltlichen Schule im Vordergrund. Unsere Jugend muß fähig gemacht werden, in diese gesellschaftliche Gestaltung aktiv einzugreifen. Darum kann natürlich die weltliche Schule keine Autoritäts- und Abhängigkeitsschule sein, sondern nur eine solche der Selbstverwaltung. Und in ihr müssen alle Kräfte der Kinder aus den Verdrängungen gelöst, ausgelastet und entfaltet werden, damit sie, so ausgestattet fürs Leben, später gesellschaftlich einwirken können. Nicht auf die äußeren Techniken und Fertigkeiten kommt es in erster Linie an, sondern darauf, daß die Schule gestaltet werden muß zu einer Lebens- und Wachstumsstätte des werdenden Geschlechts für die aufbauenden Aufgaben der Zukunft.

Einnützig war die große und aufmerksame Versammlung von dem Gedanken der Notwendigkeit dieser Schule und der Notwendigkeit einer sie tragenden starken Schulforschung. Schon vorher war sie ja mit ebenso warmer Spannung den Ausführungen von Schulrat Kluge, Grimma, gefolgt, der gesagt hatte, welche Aufgabe noch immer daran liegt, eine solche Wirklichkeitsschule, die auch den Wirklichkeiten, aus denen das proletarische Kind kommt, gerecht wird. Er hatte dabei zugleich einen Ueberblick über die schulpolitische Lage in Sachsen und im Reich gegeben und nachzuweisen, warum weltliche Schulvereine notwendig sind. Er legte im Rahmen seiner Ausführungen zugleich eine Anzahl Anschuldigungen vor, die sich vor allem gegen die schulpflegenden Ansprüche der Kirche richteten. So wurde im Anschluß daran, daß auch außerhalb des Religionsunterrichts noch immer kirchliche Handlungen in Volksschulen und höheren Schulen vorgenommen und Kinder Andersdenkender benachteiligt oder verletzt werden, gefordert, die Gebetsverordnung Dr. Kaisers wieder aufzuheben und die Toleranzverordnung unseres Genossen Flügner zu erneuern. Der Senatsentscheid von Dissidenten u. a., wie sie durch Beschränkung von bestimmten internationalen höheren Schulen auf Schüler einer bestimmten Konfession gegeben ist, wurde entgegengesetzt mit der Forderung, entweder diese Schulen für alle zugänglich zu machen oder ihnen die staatliche Unterstützung, die sie allein erhält, zu entziehen. Ganz selbstverständlich war es, daß sich der Referent gegen die nun recht aktuell gewordene Gefahr eines Konkordates wandte. Er kritisierte dann aber auch noch aufzuweisen, wie es den Kirchen und christlichen Elternvereinen gar nicht um Schule und Erziehung, sondern nur um die Macht der Kirchen und Klöster zu tun ist. Der neue Unterrichtsminister Dr. Binger hat eine Verordnung erlassen, nach welcher die allgemeinen Elternratswahlen um ein Jahr verschoben werden und dieses Jahr nur Ersatz- bzw. Ergänzungswahlen stattfinden sollen. Diese Verordnung, die formell an der Zusammenkunft der Elternräte nichts ändert, wohl aber geistig ist, ihre Freiheit stetiger zu verengen, wird nun von den christlichen Grundlos mit geradezu lächerlicher Heftigkeit bekämpft, als ein Versuch gegen die „christliche“ Schule. Als ob sich Männer als Volkswahlleiter überhaupt für etwas getraute! Wahrscheinlich braucht aber die Kirche irgendeine öffentliche Aufreißung der christlichen Eltern, um von anderen wichtigen Kräfte, bei denen man kein Schicksal ins Trodne bringen möchte, etwa beim Konkordat oder der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche, aufzufallen.

Es war erfreulich, wie sich die große Versammlung einmütig

Verzwieglene Nationalisierungserfolge

Refordproduktion der Ilse Bergbau A.G.

Die Wollische Zeitung schreibt:

Die Ilse Bergbau A.G., die ihre Dividende von 8 auf 10 Prozent erhöht, erreicht im abgelaufenen Jahre die Rekordproduktion von 10,84 Millionen Tonnen (i. B. 9,50) Kohlenförderung und 3,26 (3,07) Millionen Tonnen Brekette. Obwohl der Geschäftserfolg hervorsteht, daß die halbstündige Vorkürzung der Arbeitszeit eine Mehrleistung von Arbeitern mit sich brachte, hat sich die Förderung pro Kopf weiter gesteigert. Während die Förderung um rund 13 Prozent gestiegen ist, hat sich die Belegschaft nur von 1815 auf 5287 Köpfe, also um knapp 10 Prozent, vergrößert. Obwohl infolge der von 8,02 auf 8,67 Millionen Mark vermehrten Reinvestitionen die Abschreibungen von 5,33 auf 6,09 Millionen Mark (also wieder 56 Pf. pro Tonne) heraufgesetzt wurden, obwohl ferner die Steuern von 4,5 auf 5,77 und die Soziallasten von 2,49 auf 2,65 Millionen Mark gestiegen sind, hat sich der Reingewinn proportional weit stärker erhöht als die Gesamtproduktion, nämlich von 6,01 auf 7,19 Millionen Mark. Man muß daraus schließen, daß die Produktionskosten sich, ebenso wie übrigens die allgemeinen Löhne, sehr günstig entwickelt haben.

Aber diese Entwicklung scheint der Verwaltung geradezu unangenehm zu sein. Mit der Begründung, daß infolge der durch die Mechanisierung veränderten Verhältnisse ein Vergleich mit den Vorjahren doch nicht möglich sei, wurden aus der üblichen Wirtschaftsprüfung seit Bestehen der Gesellschaft die Ziffern über Umsatz und Lohnbeitrag ausgemerzt. Eine exakte Feststellung der Rationalisierungserfolge wird auf diese unmöglich gemacht. Man kann nur aus der fast fünfundsiebzigprozentigen Steigerung der Rohertäge (20,24 gegen 16,64 Millionen Mark i. B.) den Schluß ziehen, daß in der Tat die Produktion weitestgehend billiger geworden ist.

hinter alle die Entschuldigungen und Forderungen stellte und in der Danksagung, aber auch den leidenden Stellen zeigte, daß noch immer das schaffende Volk für eine freie Schule in freier Stadt eintritt.

Außer dieser großen Kundgebung fand noch eine aus allen Teilen Sachsens auf beachtliche Vertreterzahl statt. Aus dem dort gegebenen Geschäftsbericht ist vor allem bedeutsam, daß der Landesverband Sachsens nach wie vor unter der Voraussetzung der bestehenden schulpflegenden Lage, die bekanntlich im weltlichen Bereich Sozialisten mit dem Uebernagangeseh geschaffen wurde, für die allgemeine Volksschule sich einsetzt, um sie im Sinne weltlicher Forderungen noch weiter auszubauen.

Die üblichen geschäftlichen Angelegenheiten, Kassenericht, Zeitungsbericht, Neuwahlen usw. wurden auch erledigt. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, an der Spitze steht wieder Lehrer Robert J. P. B. Dresden. Aus dieser Geschlossenheit der Tagung und der Freundlichkeit mit anderen Organisationen, die auch für eine freie Schule kämpfen, erwächst der freien Schulforschung Mut und Kraft, auch fernerhin für die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens sich einzusetzen als für die Schule und das Schicksal des schaffenden Volkes.

Nähe Verabschiedung des Wohnheimfälligengegesetzes gefordert

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der Landtag möge beschließen, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß das Wohnheimfälligenge nach dem Entwurf des Sächsischen Beirats für Heimstättenwesen im Reichsarbeitsministerium baldigst im Reichstag zur Verabschiedung vorgelegt wird. In der Begründung wird gesagt, daß es zur Beseitigung der großen Wohnungsnot dringend erforderlich sei, durch die Reichsregierung die Bodenvertragswirtschaft der Gemeinden durch Ausgestaltung des Enteignungsrechtes zu fördern.

Sachkoalition und Erwerbslosigkeit

Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages auf Erhöhung der Mittel für werkschaffende Erwerbslosenfürsorge.

Im außerordentlichen Haushaltsplan Sachsens sind für Zwecke der werkschaffenden Erwerbslosenfürsorge 10 Millionen Reichsmark eingelegt. Bei Beratung dieses Statistels im Haushaltsausschuß A des Landtags stellte der Berichterstatter Abg. Müller, Wittweiba (Soz.) den Antrag, diese Summe um 10 Millionen auf 20 Millionen Reichsmark zu erhöhen. Angesichts der furchtbaren Erwerbslosigkeit ist die Summe ungenügend. Darum der sozialdemokratische Antrag, der besonders für den Wohnungsbau Mittel stülftig machen will, Verhandlungen mit Reichsstellen werden natürlich nötig. Ein Vertreter des Finanzministeriums lehnte eine Höherziehung des Statistels ab. Arbeitsminister Eisner erklärte, daß das Reich in diesem Jahre 55 Millionen Reichsmark gegenüber 25 Millionen Reichsmark im Vorjahre für werkschaffende Erwerbslosenfürsorge bereitgestellt hat. Wegen Mittelbeschaffung für den Wohnungsbau aus diesen Beträgen verhandelt die Regierung schon mit dem Reich. Reichsarbeitsministerium und Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung wären bereit, Gelder dafür zu geben. Andere Länder machten leider Schwierigkeiten. Die meisten Arbeiten, die aus den sächsischen Mitteln im Lande finanziert werden, gehen in diesem Jahre zu Ende.

Die Koalition mit Einschluß der KSB lehnte den sozialdemokratischen Antrag wieder mal ab.

Dresden. Sechs Personen durch Kohlenauge vergiftet. Am Dienstag in der 1. Morgenstunde wurde die Dresdener Feuerwehrgesellschaft nach dem Grundhörsch Portikusstraße 1 gerufen. Infolge Kohlenoxydgasvergiftung befanden sich in einer Wohnung des 4. Stockes drei Erwachsene und drei kleine Kinder in Lebensgefahr. Zur Hilfe wurden ein Löschzug und der Wionierzug beordert und der Art zu Rate gezogen. Die Verunglückten, denen in ausreichendem Maße Sauerstoff zugeführt wurde, verblieben in der Wohnung. Der Angehörige ist auf das Heranzustreichen von Kohlenoxydgas aus dem mit dem Schieber abgeschlossenen Kaminofen zurückzuführen.

Kiefa. Schöne Pferde rennen in einen D. Zug. Am Montag gegen 8 Uhr scheuten am Bahnhofsbergan Zeithain-Rorik die vor einem Viehwagen gespannten Pferde des Fleischer Müller aus Kiefa vor einem entgegenkommenden Kraftwagen und gingen durch. Der Führer wurde aus dem Wagen geschleudert, ohne dabei ernsthafte Verletzungen zu erleiden. Die erregten Pferde durchschanden dann die herabgelassenen Schranken und liefen direkt in einen Dresden-Keipziger Reife-D. Zug. Das eine Pferd wurde auf der Stelle getötet, während das andre Tier nur unerhebliche Verletzungen davontrug. Personen wurden bei dem Unfall glücklicherweise nicht verletzt.

Aufspringen der Hände

und des Gesichts, schmerzhaften Brennen, sowie Nies und Juckreiz der Haut werden beseitigt und ausgehellt durch die wundervoll wirkende, rezepturfreie Creme Lador. Gleichmäßig herrlich duftende kosmetische Unterlage für puder, pudel und 1 M. Erhältlich in allen Schönböden-Verkaufsstellen. Probebeute gratis bei Einlieferung dieses Inserates durch Postkarte A. 66, Dresden-R. 6

Der Fall Nobile

Die Wahrheit über das Nordpolabenteuer

In diesen Tagen ist endlich etwas über die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses bekannt geworden...

Derjenige, der diesen Dingen genauer nachgehen will, findet das gesamte Material in besserer Zusammenfassung...

Für die Beurteilung der „Italia“-Fahrt im ganzen, der Katastrophe und der Zustände auf der Eisinsel, hat mancher verlässliche Auskunft von dem einzigen nichtitalienischen Überlebenden der Todesfahrt...

Professor Behounef nennt den General Nobile (Seite 77) einen „genialen Konstrukteur“, Nobiles Luftschiff (Seite 78) einen „vorzüglichen Typ“...

Man könnte solcher Widersprüche zwischen den Lobspriechen Behounefs für Nobile und den sachlichen Feststellungen Behounefs selbst noch mehr anführen...

Noch schlimmer ist Behounefs Eintreten für den Menschen Nobile. Es ist geradezu unverständlich, wie er dazu gekommen ist...

Auch in diesem Punkte hat die Untersuchungskommission Nobile, und damit auch seinen Verteidiger Behounef, fallen lassen...

Die beiden Blätter von Kay und Behounef, wie auch das Urteil des italienischen Untersuchungsausschusses haben für die Diskussion, insbesondere für die der Russen, das größte Lob...

Leipziger Musik

Im Konservatorium feierten dankbare Sänger das Andenken ihres Meisters Friedrich Wilb. Sympathisch wie diese Gekennung war das Konzert selbst...

Dem Märzheft des „Bücherkreis“ liegt das Thema „Arbeit und Verkehr“ zugrunde. In einem Aufsatz „Eink und Zeit“ erläutert Dora Heilmann die Aufgabe und Leistung der Literatur...

Schallplatten

Die einzelnen Markenfirmen trachten danach, die Vorsprünge, die zeitweilig eine vor der anderen hat, einzuholen...

Grammophon (Die Stimme meines Herrn!) läßt auf 80 038 Raoul v. Kocajski auf dem Seinway-Flügel Chopin spielen, Präludien und einen Walzer...

Auf Electrola ist eine große Platte mit Bachs Präludium in Es-Moll erschienen, aus dem wohltemperierten Klavier für großes Orchester übertragen und von Stolowitsch dirigiert...

Auf Homocord interessiert uns in erster Linie der Arbeitergesang. Unter Paul Michaels Leitung besingt der Männer- und Frauenchor Leipzig-West (D.V.S.) die Platten 4-2071/73...

Am die vielen und immer wiederkehrenden Anfragen auf einmal zu beantworten: Die dreifantigen amerikanischen Holz-nadeln (Holl Fibre Needles) gibt es meines Wissens in Leipzig nur im Odeon-Parlaphon-Haus...

Der Ruf der Tiefe

Roman von Max Kehlhör

„Sehr wohl, Vater. Doch was ist dies für ein Halsband?“ „Ah, verzehle, ich verzehle, daß du noch nicht ganz auf dem Laufenden bist...“

Sie stiegen die breite, ächzende Treppe des Hauses herauf, sie und die Familie des Torwächters waren die einzigen Bewohner des Jahrhundert alten Hauses...

„Nanu! Ein Glas Wasser, Nanu! Schnell, nur schnell!“ „Doch schon bevor die alte, verzehelte Nanu mit einem halb verschütteten Glas Wasser in der zitternden, runzeligen Hand gekommen war...“

(Fortsetzung folgt.)



Erste Frühlingszeichen der Natur

Fünzig, sechzig, siebzig Zentimeter und noch tiefer war die Erde gefroren. Die Totengräber brauchten Dynamit, um die harten Schichten zu sprengen, sonst war der Mensch machtlos gegen die irdische Starre. Man sollte meinen: nach solchem Frost ist alles Gras und Grüne der Natur tot. Die Winterfauna sind erstorben. Neues Saatgut muß erst der langsam wieder auftauchenden Erde gegeben werden, um sie zu beleben. Gewiß hat die strenge, lange Kälteperiode vielfach Schaden angerichtet, aber wenn jene Vermutung richtig wäre, dann erlebten wir jetzt nicht das große Wunder der Auferstehung — trotz der vernichtenden Winterfalte, die viele Opfer gefordert hat. Wäre der Schnee locker geblieben, mit reichlich Luft durchsetzt, so wäre es für alle Gewächse besser gewesen. Ja, unter lockerer Schneedecke ist die Temperatur gegen die der Luftatmosphäre bis zu 15 Grad wärmer. So versteht man un schwer, daß die Schneeglöckchen unter der Winterdecke dem Frühling entgegenstreben und fast Jahr um Jahr zur gleichen Zeit das Erdreich durchbrechen. Die raffiniert konstruierten Epiphyten ihrer Blätter werden auch mit leicht gefrorenem Erdreich fertig. In so kalten Wintern, die selbst dem Februar noch sibirische Temperaturen diktiert, wo der März und der April noch Nöhe haben, den Bann von Eis und Schnee zu brechen, ruht aber doch auch die Zwiebelblätigkeit der Frühblüher noch eine Welle und die Blütenzeit fällt um einige Wochen später. Nur an sehr geschützten Stellen findet man, wenn kaum die Schneedecke beseitigt ist, die ersten noch kurzstieligen, also spärlich wachsenden Schneeglöckchen, die in den linden Fußstapfen des südlichen Deutschlands oft Ende Februar schon abgeblüht haben. Auch die Weihnachtsrose, die schwarze Kieowurz, hat sich verspätet. Entdeckt man in milden Wintern bisweilen schon im Weihnacht ihre zarten rosa bis rötlich angehauchten Silberglöckchen, so ist sie diesmal noch zurück und will erst kommen. Einem anderen Frühblüher, den die Pflanzenschutzverordnung vor dem Ausstreuen retten will, dem Seidelbast oder Kletterhas (Daphne Mezereum) wird man in nächster Zeit hier und da begegnen. Seine eigentliche Blütezeit ist der März. Aber heuer kommt er ebenso wenig im März zur Geltung wie die blauen duftigen "März" Weiden, die sich diesmal dem April verpflichtet haben und auch da noch rechtzeitig auf dem Platze erscheinen. Der mandelfarbige Fliederduft der zarten Nageleschblüten, die unmittelbar aus dem Stämmchen hervordringen, verrät bisweilen den Standort der Pflanze. Man lasse sich nicht verleiten, den Strauch zu beschädigen. Nicht, weil sein Saft, ja oft schon das Holz empfindlichen Menschen gefährlich wird und auf der Haut Blasen zieht, sondern weil wir diesen seltsamen und botanisch interessanten Vertreter der heimischen Flora erhalten wollen. Es genügt nach der überaus langen Kälteperiode, sich der grünen Wiesen und der grünen Wiesen, auf denen schon wieder die unverwundlichen Gänseblümchen ihre aus dem Vorjahre gereiteten Knospen erheben, zu freuen, denn merkwürdigerweise hat der Frost doch nicht alles, und jedes Leben erstickt; im Gegenteil: die grünbedeckten Flächen schaffen scharfe Kontraste zu den grau in grau liegenden Grünflächen, wo diesmal die alten Grassamen, die sonst nur erstarrt waren, wirklich abgefordert sind und erst von dem Jungwuchs überwuchert werden müssen.

18,7 Millionen Arbeiter und Angestellte

Nach dem endgültigen, vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Ergebnis der letzten gewerblichen Betriebszählung waren 18,7 Millionen Personen in Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr tätig.

Diese 18,7 Millionen Arbeiter und Angestellte stellen sich folgendermaßen: Arbeiter 11.200.000 (60 Prozent), Betriebsleiter 3.358.000 (18 Prozent), Bureau- und kaufmännische Angestellte 2.270.000 (12 Prozent), technische Angestellte 976.000 (5 Prozent), mithelfende Angehörige der Betriebsleiter 927.000 (5 Prozent). Die verhältnismäßig große Zahl der Betriebsleiter erklärt sich aus den Kleinbetrieben, besonders im Handel und im Gast- und Schankwirtschaftswesen, wo sehr viele Betriebsleiter allein ohne Gehilfen arbeiten. In den Mittel- und Großbetrieben wurden nur 488.000 Leiter festgestellt. Die „mithelfenden Angehörigen“ der Betriebsleiter sind meist die Ehefrauen und Töchter. Sie kommen hauptsächlich im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe vor.

Die über 11 Millionen Gehilfen und Arbeiter — Handwerker, geübten und Lehrlinge, „gelernte“, „angelernte“ und „ungelernte“ Arbeiter — entfallen mit mehr als vier Fünfteln auf Industrie und Handwerk. In den Betrieben mit über 50 Personen waren hier über 6,1 Millionen Arbeiter tätig, von denen über 1,8 Millionen auf die Großbetriebe mit über 1000 Personen kommen. Der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten beim Bergbau, der Eisen- und Metallgewinnung und der Industrie der Steine und Erden beträgt jeweils durchschnittlich 90 Prozent. Im Handel dagegen sind im Verhältnis zu den Betriebsleitern und Angestellten nur 17 Prozent Arbeiter beschäftigt. Im Verkehrsweisen machen die Arbeiter etwa die Hälfte des Personals aus.

Die Zahl der Arbeiterinnen beläuft sich insgesamt auf 2.450.000. Rund 20 Prozent der gewerblichen Arbeiterschaft sind Frauen. Sie sind vorwiegend in der Textilindustrie und im Bekleidungs- und Textilgewerbe tätig.

Die Bureau- und kaufmännischen Angestellten zählen am stärksten im Handel und zwar mit über der Hälfte. Den verhältnismäßig größten Verwaltungsapparat weisen die mittleren Betriebe auf, die 11 bis 200 Menschen beschäftigen. Je größer die Betriebe werden, mit um so weniger Personal können hier die allgemeinen Verwaltungsarbeiten erledigt werden.

Im Gegensatz dazu steigt der Anteil der technischen Angestellten mit zunehmender Betriebsgröße. In den Großbetrieben mit über 1000 Personen machen sie nahezu 11 Prozent des Gesamtpersonals aus, die kaufmännischen Angestellten hingegen nur rund 6 Prozent.

Unter Verdacht des Taschendiebstahls verhaftet

Vor Abfahrt eines Dresdner Schnellzuges wurde am Montag ein Mann festgenommen, der von einem Reisenden des Taschendiebstahls bezichtigt wird. Der Verdächtige soll bei einem künstlich hervorgerufenen Gedränge im Laufgang des Wagens dem Anzeigerleiter die Brieftasche aus der inneren Rocktasche gezogen haben. Das Portefeuille wurde im Gang liegend aufgefunden. Der Beschuldigte ist rumänischer Staatsangehöriger. Er konnte sich durch Papiere, die vollkommen in Ordnung befunden wurden, ausweisen. Er behauptet, er habe sich zur Abwicklung von Geschäften zur Messe in Leipzig aufgehalten und beabsichtigt, nach Rumänien zurückzukehren.

Erfahrungen auf der Wohnungssuche

Es dürfte gewiß niemand Zweifel hegen, daß all die Mieter, die einmal das „Bergnügen“ in der Nachkriegszeit hatten, auf Wohnungssuche zu gehen, Erfahrungen gesammelt haben, die auch für die Mieter, von großem Interesse sind, die seit langer Zeit im Besitz einer Wohnung sind und glauben, in absehbarer Zeit nie in die Lage versetzt zu werden, ebenfalls diesen Canossengang antreten zu müssen.

Sucht man eine Wohnung und läßt sich ein gutbegnadeter Hauswirt doch soweit herab, den Vorgesprochenen persönlich zu empfangen, so wird der Wohnungssuchende einem hochnotpeinlichen Bericht unterzogen, das gründlicher nicht von einem Staatsanwalt erfolgen kann. Ist das Verhör beendet, und der Wohnungssuchende hat einen guten Eindruck beim Hauswirt erzielt, wird ihm andächtig erlaubt, in 3 oder 4 Tagen wiederkommen, da sich der Hauswirt erst bei seinem vorhergehenden Vermieter Auskunft darüber einholen muß, ob auch die Angaben des Wohnungssuchenden den Tatsachen entsprechen.

Sehr oft ist die Unterhaltung ganz kurz, und zwar dann, wenn 3 oder 4 Kinder beim Wohnungssuchenden vorhanden sind. Dann lautet die Antwort in der Regel: die Wohnung eignet sich nicht für eine so große Familie. Die Kinder eines Mieters sind dem Hauswirt immer ein Grauel, obgleich er mitunter selbst ein halbes Dutzend aufzuweisen hat.

Daß außer einem ausgezeichneten makellosen Leumund noch die nötigen Moneien vorhanden sein müssen, wird jeder begreiflich finden. Die wenigsten Wohnungen werden heute zu den tatsächlichen Friedensmieten vermietet. 50 bis 100 Mark Mehrforderung ist üblich, besonders „unvorkommende“ Hauswirte verlangen noch bedeutend mehr. Daß der neue Mieter die Wohnung auch noch vollständig inspizieren darf, muß noch als besondere Vergünstigung betrachtet werden. Daß das letztere zutrifft, wollen wir gleich an einem Beispiel nachweisen, dem wir noch viele zufügen könnten.

Ein Mieter, namens B. bekam den Leipziger Wohnungssammler in die Hand, der von der Hausbesitzerorganisation herausgegeben wird und fand darin, daß der Hauswirt H. Leipzig W. 33, eine Wohnung zu vermieten habe. Der Mieter, der schon lange vordringlich ist, begab sich im Sturmschritt zum Hauswirt H., um die Zustimmung zu erhalten. Nach eingehendem Verhör über seine Familienangelegenheiten und seine derzeitige Arbeitssituation gab der Hauswirt dem Mieter die Bedingungen zum Bezug der Wohnung bekannt. Diese lauteten:

- 1. Uebnahme des Hausmannspostens mit einer Vergütung von 8 Mark pro Monat, trotzdem tariflich 13,50 Mark bezahlt werden müßten. Das Fehlen solle er sich von den Mietern in Form von Nachhaus- und Bodengeld geben lassen.

- 2. Zahlung von 100 Mark noch vor dem Einzuge für Legen der elektrischen Stielleitung im Treppenhaus.
- 3. Zustandsetzung der Wohnung auf Kosten des Mieters.
- 4. Maler- und Maurerarbeiten. Fußboden frisch dielen lassen, ebenfalls auf Kosten des Mieters.
- 5. Ab 1. April 1929 sich verpflichten, daß vierteljährlich Miete im voraus bezahlt wird.

Ferner teilte der Hauswirt dem Mieter noch mit, daß es zum Dach hereinregnet, der Dachdecker wäre aber bereits schon bestellt. Zum Schluß erklärte der Hauswirt noch, daß er ihm bei Aufhebung der Zwangswirtschaft mit keiner weiteren Mieterhöhung kommen werde und er auch keine Bedenken zu haben brauche, daß er gekündigt wird. Hingegen werde er die übrigen Mieter bei Aufhebung der Zwangswirtschaft sofort hinaus, da sie ihm keine Kosten für Legung der elektrischen Stielleitung vergüten haben. Bemerkt sei noch, daß von dieser Wohnung eine Stube von der Baupolizei nur noch als Abstellraum freigegeben ist. Der Hauswirt meinte, der Mieter solle nur ruhig hereinziehen und wenn die Baupolizei wirklich einmal komme, solle er diese Stube schnell räumen, es kümmere sich ja sonst niemand darum. Der Mieter erklärte nun, daß er sich erst die Zustimmung vom Nachweis holen müsse. Darauf erwiderte der Hauswirt, er solle nur ruhig einziehen, als Vordringlicher könne ihm nicht viel passieren, sollte der Wohnungsnachweis wirklich einige Späne machen, so wird er diese Wohnung beim Wohnungsschlüsselsamt als Dienstwohnung erklären lassen.

Der Reichsbund deutscher Mieter, Ortsverein Leipzig, betont, daß er Hunderte von Fällen, anführen könnte, wie Wohnungssuchende von Hauswirten ausgehöhrt werden.

Diese Politik der Hauswirte soll zunächst dazu führen, die Wohnungssuchenden gegen die Wohnungsämter aufzufordern, damit Wohnungssuchende dann gemeinsam mit den Hauswirten auf den Plan treten, um die den Hauswirten so verhassten Wohnungsämter zu beseitigen. Außerdem machen die Hausbesitzerorganisation sowie der Interessentenverband Deutscher Wohnungssuchender zur Zeit die größten Anstrengungen, um in Leipzig die Mietberechtigungskarte einzuführen. Das System der Mietberechtigungskarte, das bereits in verschiedenen Städten Deutschlands zur Einführung gelangte, mußte wieder abgelehnt werden, weil durch dieses System nur kinderlose Familien, die außerdem noch die nötigen Mittel zur Hand hatten, eine Wohnung erhielten. Rentner, Kranke und Arbeitslose wurden von der Wohnungszuteilung vollkommen ausgeschlossen. Sind erst nach dem Wunsch der Hauswirte die Wohnungsämter beseitigt, dann ist auch die Bahn frei für den ungehemmten Mietwucher.

Bekenntnis einer nationalen Seele

Vor einiger Zeit fand in Leipzig eine Tagung des Deutschnationalen Lehrerbundes statt, auf der Dr. Bohnenstädt, Leipzig, über „Die Stellung der Partei zur grundsätzlichen Organisation des höheren Schulwesens“ sprach. Nach einem Bericht der Leipziger Abendpost vom 22. Februar 1929 führte Herr Dr. Bohnenstädt unter anderem aus, soziales Empfinden müsse aus der nationalen Verbundenheit heraus entwickelt werden. Wäre dieser Satz richtig, dann müßte gerade in den nationalen Kreisen ein Uebermaß von sozialem Empfinden vorhanden sein. In Wirklichkeit aber mangelt es gerade dort gänzlich, wie das tägliche Leben über die zu hohen Löhnen einer vollkommen unzulänglichen Sozialgesetzgebung beweist.

Wie sich diese „nationale Verbundenheit“ in einem Philosophengehirn ausmacht, erhellen folgende Sätze: Die Tüchtigsten müßten vorwärts gebracht werden; eine zwangswise Zurückhaltung der Kinder von der höheren Schule sei eine Beschneidung des elterlichen Rechtes. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus aber müßten Vergabe auf der Volksschule erhalten bleiben, damit eine Entwicklung zum Qualitätsarbeiter möglich sei, um die Konkurrenz mit dem Auslande auszuhalten. Es wäre interessant, zu erfahren, welche Vergabe denn diesen wirtschaftlichen Belangen geopfert werden sollen und wie das ohne eine „Beschneidung“ des Elterntrechtes erreicht werden kann; denn wir zweifeln daran, daß der Herr Geheimrat X. jemals Gehilfen nationaler Verbundenheit aufbringen wird, um freiwillig zuzustimmen, daß sein begabter Sohn vom Standpunkte der Wirtschaft aus zum Qualitätsarbeiter erzogen wird. Wie es scheint, befürchtet Herr Dr. Bohnenstädt allerdings solche Kompensationen nicht, denn nach seinen Ausführungen steht für ihn entgegen wissenschaftlichen Beweisen fest, daß gute Vergabungen sich in bestimmten Schichten weitervererben.

Wenn aber weiter ausgeführt wird, daß die Nichtbewahrung der Vergabentlassen (d. h. der Aufstiegsmöglichkeit der begabten

Kinder des Proletariats) ebenfalls erwiesen (1) sei, so geht daraus hervor, daß für Herrn Dr. Bohnenstädt Bestätigung und Begabung identisch sind. Bei dieser Einstellung ist es auch erklärlich, daß behauptet wird, das neunte und zehnte Schuljahr sei zu bekämpfen, wenn dadurch unnütziges Wissen aufgestopft würde. In diese Klassen gehen ja die Kinder der unbegabten unteren Schichten des Volkes, die allerdings merkwürdigerweise Durchschnittsergebnisse von 2a und 1b aufweisen, aber da nach Herrn Dr. Bohnenstädt das Vertrauen zur Volksschullehrerschaft infolge ihrer internationalen und irreligiösen Einstellung sowie vollständig geschwunden ist (die Herren vom Neuen Sächsischen Lehrerverein sind natürlich ausgenommen?), wird man dieser Tatsache wahrheitsgemäß keinen allzugroßen Wert beilegen. Ungeklärt aber bleibt noch, welches Wissen unnützig ist und welches nicht. Uns scheint, daß auf den höheren Schulen sehr viel gelehrt wird, was in späteren praktischen Leben keine Verwendung finden kann, und daß es nötig wäre, Herr Dr. Bohnenstädt und seine Amtsgenossen würden da erst einmal vor ihrer eigenen Tür lehren, ehe sie sich in die Aufgaben der Volksschule einmischen.

Wenn Herr Dr. Bohnenstädt noch dafür eintritt, daß der Andrang auf die höheren Mädchenschulen unterbunden werden müsse, um kein weibliches akademisches Proletariat zu schaffen, so würden wir es begrüßen, wenn er und seine deutschnationalen Amtsgenossen mit demselben Eifer und mit derselben Überzeugung auch dafür eintreten würden, daß das Proletariat überhaupt verschwinde. Das könnte geschehen durch Schaffung menschenwürdiger, materiell und kulturell gleicher Lebensbedingungen für alle Glieder und Schichten. Aber um dieses Ziel zu erreichen, wird es wohl nötig sein, daß sämtliche „nationalen“ Volkserzieher ebenso in der Vererbung verschwinden wie während Wilhelm der Letzte mit seinen ihm ebenbürtigen Paladinen.

Republikanischer Messeabend

Zu Ehren der anlässlich der Frühjahrsmesse in Leipzig anwesenden Reichsbannerkameraden veranstaltete der Ortsverein Leipzig des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Dienstag einen Republikanischen Abend im großen Saale des Volkshauses.

Der Veranstaltung des Reichsbanners war ein voller Erfolg beschieden. Bereits um 20 Uhr war der große Saal gefüllt. Gausführer Ostaf Wfl ugt, Leipzig, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, daß der Einladung des Reichsbanners u. a. Kameraden aus Chicago, Neuyork und Danzig gefolgt waren.

Die Ansprache hielt für den erkrankten Bundesvorsitzenden Hörsing der Schammeier Ehrson, Magdeburg, der seine kurzen Ausführungen mit einem Hoch auf das Reichsbanner und die Republik beendete.

Für die nötige Stimmung sorgten die anwesenden Künstler: Nora Nitisch, Reinhold Balique, Walter Kerschmar sowie die Leipziger Reichsbannerkapelle. Alle fanden mit ihren Darbietungen dankbare Zuhörer.

Ueberfall in Schönefeld

Am 5. März wurde gegen 22,45 Uhr in der Reumerstraße in Leipzig-Schönefeld ein 18jähriges Mädchen plötzlich von einem unbekanntem Mann, der hinter ihr hergelaufen war, zur Seite gestoßen, am Halse gefaßt und zu Boden geworfen. Die Ueberfallene setzte sich kräftig zur Wehr und rief um Hilfe, worauf der Unbekannte die Flucht in die Löbauer Straße ergriff und entkam.

Schönsonnjour bei der Feuerwehr

Das Feuerwehramt gibt bekannt: Im Februar 1929 wurde die Feuerwehr 422 m a l a r m i e r t. Davon waren 3 Groß-, 11 Mittel-, 119 Kleinfeuer-, 3 Essenbrände, 22 blinde Alarmierungen,

3 Kaskombildungen, 30 Aufhebungen von Tieren und 231 sonstige Hilfsleistungen.

Auf den Sanitätswagen kamen insgesamt 2265 Fälle zur Behandlung, die Zahl der Kranentransporte betrug 2181, die zurückgelegten Fahrstrecken 21.434 Kilometer.

Warnung für Auswanderer

In verschiedenen Tageszeitungen Mitteldeutschlands erschienen kürzlich Anzeigen, in denen Schmiede, Schlosser, Kesselschmiede und Hilfsarbeiter für In- und Auslandsmontage gesucht werden. Als Vermittler zeichnete ein Ingenieurbureau C. Weigand, Frankfurt a. M., Riddplatz, 48, 11. Derselbe verbandte den zahlreichen Personen, die sich zur Erlangung derartiger Stellen gemeldet hatten, eine Mitteilung, daß sie mit einem bestimmten Wochenlohn in Spanien „angestellt“ seien. Zugleich forderte das Ingenieurbureau C. Weigand die Einzahlung von 8 Mk. „bevor Ausstellung eines Personalausweises“. Nach den von der hiesigen Mitteldeutschen Auswandererberatungsstelle erhobenen Ermittlungen ist der betr. Ingenieur Weigand ein 23jähriger junger Mann, der in Frankfurt ein gemietetes Zimmer ohne Angabe seines neuen Aufenthalts kürzlich verlassen hat und es lediglich darauf abah, nach dem Auslande Strömende in schwindelhafter Weise zu Geld einzulagern auf das Postfachkonto eines Dritten zu veranlassen. Personen, die in dieser Angelegenheit geschädigt wurden, werden gebeten, sich unter Zuhilfenahme der Schriftwechsel bei der Mitteldeutschen Auswandererberatungsstelle des Instituts für Auslandsunde, Grenz- und Auslandsdeutschtum, Leipzig, R. 22, Friedrich-Karl-Str. 22, zu melden.

Der hier behandelte Fall zeigt deutlich, daß dringende geraten werden muß, sich vor Annahme von Stellen im Auslande mit der genannten Auswandererberatungsstelle und mit der zuständigen Gewerkschaft in Verbindung zu setzen.

Wo ruft die Pflicht?

Sozialistische Bildungsarbeit.

Südostbezirk. Kurjus Rauch, „Bürgerkrieg und Klassenkampf“, der infolge der Kälteferien mehrmals ausfallen mußte, findet seine Fortsetzung morgen Donnerstag, 19 Uhr, in der 28. Volkshalle, Schönhaichstraße, Zimmer 18. Neben den gemeldeten sind noch andere Teilnehmer zugelassen. Meldungen im Kurjus-Total.

Funktionäre.

Schönefeld. Freitag, den 8. März, 20 Uhr, im Gesellschaftshaus, wichtige Funktionärtsitzung. Ausgabe der neuen Funktionärskarten.

Mädern. Heute Mittwoch, 20 Uhr, im Heim.
Pögnitz. Die Eintrittskarten zum Film „Schinderhannes, der Nebel von Rheina“, am 19. März, können beim Genossen Herrmann in Empfang genommen werden.

Aussprachabend.

Schönefeld. Heute zur Generalversammlung der Jungsozialisten, Volkshaus, 20 Uhr.

Freitag, 8. März, Kurjus Rauch, Bibliothek, 20 Uhr.

Kranke.

Schönefeld. Mittwoch, 6. März, 20 Uhr, in der Wilhelmsburg, Vortrag der Genossin Thiel: Meine Eindrücke von Wien.

Mörsau. Donnerstag, 7. März, 20 Uhr, im Lindenhof, Vortrag mit Lichtbildern des Genossen Dr. Blumberg: Die Frau und ihre Krankheit.

Marxstadt. Donnerstag, 7. März, 20 Uhr, im Volkshaus, Vortrag des Genossen Lehrer Schröder.

Pegau. Frauengruppe Donnerstag, den 7. März, 20 Uhr, im Volkshaus, Vortrag der Genossin Boldi über: Die Frau und die Religion.

Sozialistische Studentengruppe.

Donnerstag, 7. März, 20 Uhr, Volkshaus, Zimmer 34, Anatole-France-Abend.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Kuditz. Rote Falken. Morgen Donnerstag, den 7. März, Elternabend in der Aula der 12. Volkshalle. Eltern und Jugendliche herzlich willkommen.

Groß-Pögnitz. Zur Verteilung der Pappe treffen sich alle Bezirksvertreter am Donnerstag, den 7. März, 18 Uhr, im Gohliser Heim. Bindfaden nicht vergessen. Straßenbahn 10, 11, 12, 20, 29.

Mitglieder-Vereinigungen

Stützeritz. Morgen Donnerstag, 20 Uhr, lauten im Löwenpark die Filme „Menschchen in Gefahr“ und „Strede frei!“

Baunsdorf. Morgen Donnerstag, den 7. Februar, 19,30 Uhr, findet im „Gutspart“, Zimmer 1, unser Aussprachabend statt. Ein recht zahlreicher Besuch unserer Mitglieder wird erwartet.

Pögnitz. Morgen Donnerstag, 20 Uhr, im Heim, Versammlung. Referent Genosse Lehrer Parisch, Gaußsch, über „Schulpolitik in Sachsen“ — Pünktlich 19 Uhr Vorstandssitzung. — Die Unterlehrer können beim Genossen Herrmann die Eintrittskarten zum Film „Schinderhannes“, am 18. März, entnehmen.

Aus dem Juge gekürzt

Bei der in Leipzig-Leutzsch gelegenen Blockstelle 7 wurde am Montagabend der in Zena wohnende Glasmacher Harry Kauche neben den Schienen der Eisenbahn liegend aufgefunden. Er wurde mit dem Rettungsautomobil der Feuerwehr dem Krankenhaus St. Georg zugeführt. Lebensgefahr für den Verletzten soll nicht bestehen. Nach den bisherigen Ermittlungen ist Kauche in der Nähe der Blockstelle aus dem von Leipzig nach Corbetta fahrenden Personenzug gestürzt.

Wichtiges Verpaken. Die Probleme des Verpakens, denen wohl viele Kreise großes Interesse entgegenbringen, werden erspähend auf der im Rahmen der Leipziger großen Technischen Frühjahrsmesse 1929 stattfindenden Verpackungsausstellung am 7. und 8. März behandelt. Wissenschaftler und angehende Fachleute kommen zu Worte. Es wird gesprochen am 1. Tage (9,30 Uhr im Festsaal des Neuen Rathauses) über Verpaken und Verfahr“, am 2. Tage (9,30 Uhr im Vortragssaal des Hauses der Elektrotechnik) über Verpackungsmaschinen. Nähere Auskunft erteilt das Leipziger Amt, Markt 4.

Ausstellung der Straßenbahn. Donnerstag, 7. März, 16 Uhr, Versammlung im Gartenhaus, Mittelstraße 11.

Elternabend. 51. Volkshalle, Donnerstag, den 7. März, 1/20 Uhr, im Schulsaal, Leising-Feier.

Postpaketverfahr nach Finnland gekürzt. Mit Rücksicht auf die Eisverhältnisse in der Ostsee mußte auch der letzte Weg für Pakete nach Finnland gekürzt werden.

Reiniger, Füllergeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegsgeldbesitzige. Ausgabe von frischem Kalbfleisch, beste Qualität, Freitag, den 8. März, von 8 bis 15 Uhr, und Sonnabend, den 9. März, von 8 bis 14 Uhr, im Städtischen Schlachthof. Eintrittspreis das Pfund 90 Pfennig. Der Verkauf verbilligter Lebensmittel findet täglich von 8 bis 13 Uhr in der Gerberstraße 3, Glasfornade, statt. Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 7. März.

9,30 Uhr: Übertragung aus dem Vortragssaal der Baumeisterei 19 von der Leipziger Großen Technischen Messe und Baumeisterei. 1. Prof. Muesmann, Dresden: „Baustoffe und Bauformen“. 2. Prof. Dr. h. c. Kreis, Dresden: „Der Zweidarm“. 3. Prof. Gropius, Berlin: „Der Stahlbau“.

Zwischen 12,00 und 13,00 Uhr: Wichtige Nachrichten. Anschließend: Schallplattenkonzert.

15,00 Uhr: Frostmeldungen.

16,30 Uhr: Unter musikalischer Nachmittags. Mitwirkende: Cläre Schmidt-Guthaus (Violine), Marga Kunad (Viola zur Laute), Fritz Kaulfers, Chemnitz, (Schlagerlieder). Am Flügel: Alfred Simon.

18,05 Uhr: Steuerzrundfunk.

18,30—18,55 Uhr: G. van Esjeren, G. M. Alfieri; Spanisch für Fortgeschrittene.

18,55 Uhr: Arbeitsnachweis.

19,00 Uhr: Dr. Hans Rudolph, Leipzig: „Der Aristokrater Eduard Vogel“ (geb. am 7. März 1829).

19,30 Uhr: Dr. Hermann Boehner, Leipzig: „Englische Philologie“, I.

20,00 Uhr: Aus beliebigen Operetten. Die Dresdner Philharmonie. Dirigent: Theodor Blumer. 1. Joh. Strauß: Overtüre zu „Prinz Methusalem“. 2. Zehrer: Wiener Bürger, Walzer. 3. Suppé: Fantasia aus „Fata Morgana“. 4. Joseph Strauß: Delirien-walzer. 5. Leo Fall: Automobilmarsch aus „Dollarchprinzessin“. 6. Müllner: Fantasia aus „Bettlerstudent“. 7. Ed. Engel: Fantasia aus „Die Goldne Meisterin“.

21,15 Uhr: Aus der Weltliteratur. I. Aus John Miltons Gedichten (1608—1674) II John Bunyan (1628—1688): Aus der Pilgerfahrt. Sprecher: Karl Zimmermann, Dresden. Einleitende Worte: Dr. Leo Franke, Dresden.

22,00 Uhr: Funkpranger.

22,05 Uhr: Schneesbericht, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk.

22,30 Uhr: Funkstille.

Quer durch die Technische Messe

Von Ing. Ulling, Zeit.

Ein gewagtes Experiment, diese Messe im Schnee! Eisapfen-geschmückte Hallen, die mit Eis verkleidete Auspuffrohre an den Außenwänden, im hohen Schnee geschaukelte Fußgängerpfade, solches Messelbild ist einfach noch nicht dagewesen. Begeben wir uns gleich an der Reichenhainer Straße in die Halle 21, so knarrt und pflast es allenthalben in dem mächtigen Raume. Diesel, überall Diesel, d. h. der Kolbenmotor ist fast Alleinberrscher geworden! Eine einzige Dampflokmaschine ge-traut sich noch dazwischen, und sie bedarf deshalb fast einer Ehren-rettung auf dem zugehörigen Prospekt. Sogar schon „Kober“-Dieselmotoren zeigt eine superlativtreubige Firma. Zwei-Takt und Vier-Takt, mit Vorkammer- und Strahlgeräubung, vom tragbaren 3-PS-Kilpitt durch alle Größenstufen bis zur mehr-hundertpferdigen Maschine, gedrungene, geschlossene Bauart, wenig bewegte Teile, so schnarren und rattern sie durcheinander. Und vor allem, mit recht wenig Kohöl zufrieden — 1/2 Kilogramm auf die Kilowattstunde — Brennstoffsparsnis, Heizerersparnis, Unternehmerrhetz, was begehrt du mehr?

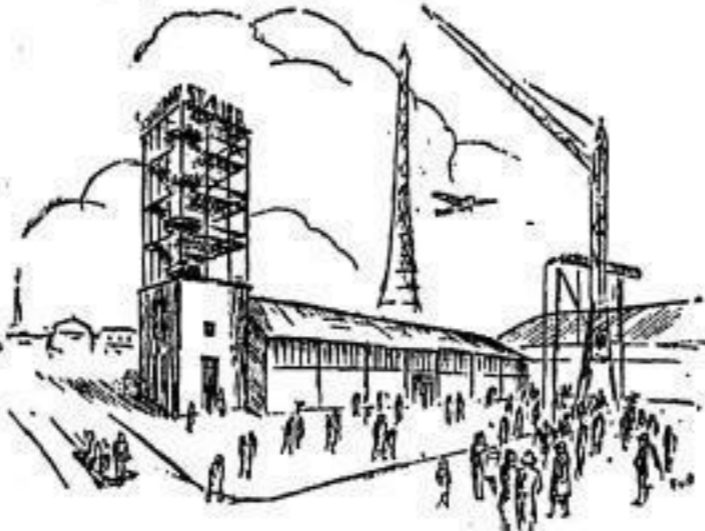


Abb. 1. Halle Stahlbau

Im Vordergrund der Halle speien einige überheizte Glüh- und Rühröfen aus blendend weißen Röhren Glühströme, die man genau und bequem einige Meter entfernt durch fernrohrähnliche Apparate auf ihre Temperatur messen und regulieren kann. In der Mitte des Raumes eine riesige hellerleuchtete Stala von Megawatt (Millionenwatt). Daneben leuchtet ein Lichtstreif, ferngesteuert vom Haus der Elektrotechnik, und verrät uns die jeweilige Belastung. Technisch sind wir als Millionäre wirtlich nicht mehr kleinlich; wir sind es nur noch sozial und ökonomisch, und daher will der viel zu weite technische Rod nicht so recht passen und birgt in seinen Falten Arbeitslosigkeit und Massenelend.

Hinaus aufs Freigelände! Dort haben wir dasselbe Geratter von Rangierlokomotiven, selbstredend auch Diesel, bis zu 475 und 1100 Tonnen Zuglast; Feldbahnen, Straßenwalzen, Beton- und Asphaltstraßenmaschinen kehren ruhig im Schnee; sie wissen ihre Zeit gekommen. Ein spindebärrer Kran reißt sich daneben, und trägt doch 4000 Kilogramm bei 20 Meter Ausladung, 45 Meter hoch kann der Haken gezogen werden; ist also schon auf Hochhäuser zugeschnitten. Und ein solches steht auch gleich daneben; das Gerippe der noch unfertigen Halle Stahlbau. Innenbirgt sie schöne Modelle, ein reiches Material als Beweis, wie ichneil man — das ist heute wichtig! — mit Stahl bauen kann. Das Skelett wird aufgerichtet; die fertigen Wände dazwischen aufgestellt (Abb. 2), und in Wochenfrist steht ein mehrstöckiger Bau. Wir finden auch schon geschwungene Stahlmöbel, ähnlich wie vor Jahrzehnten die sogenannten „Wiener Stühle“. Damals Holz, heute Stahl, in einigen Jahren (wohl auch jetzt schon) Leichtmetall!

Weiter zur neuen Halle 19, die genau wie die Halle 7 einen riesigen pfeilerfreien Raum von 9000 Quadratmeter geschaffen hat, hell, licht und freundlich, dem Baugewerbe für seine vielartigen Fabrikate Unterkommen schaffend. Das Glas als Baumaterial, die Forberung eines Ruhr-Architekten, sehen wir schon heute in mannigfachen Formen und Farben angeboten. Glas- und Stahlhäuser sind die Bauten der Zukunft! Hoffentlich sind den



Abb. 2. Stahlhaus im Bau

Bewohnern dieser Häuser auch die gesellschaftlichen Abhängigkeiten ebenso durchsichtig wie ihre Wohnungen. Sonst wären sie kaum darum zu beneiden. Linoleum, Sperrholz, Terralotta, alles ist da, aber leider als Ware, und darum für so viele nur lieblich anzuschauen und für die Hersteller nicht immer leicht abzusehen. Neben der Halle 19 erhebt sich ein Bohrturm, wie ihn die Bewohner der Leipziger Tiefebene sonst kaum zu sehen kriegt. Ein Blick auf die gewaltigen Naturkräfte von Sowjet-rußland in Halle 18! Textilien, Mineralien, Cerealien, Pelze, kurz alles Erdenkliche Trübe beschleicht es einen, daß diese Schätze nur den fremden Kapitalismus füttern, weil bolschewistisch Dogmatismus die europäische Arbeiterwelt zerflagen half. Aber es kommt wohl doch noch der Tag, wo diese unerlöschlichen Rohstoffquellen dem deutschen Arbeiter Arbeitsgelegenheit schaffen.

Im „Dom der Technik“, der Halle 9, ist nach langer Pause wieder Leben eingeblasen. Wohl sah man schon größere Kolosse darin; aber auch so gibt es noch mancherlei zu sehen. Ein Drehbänke, auf dem 70 Meter lange Stücke bearbeitet werden können, daneben eine Drehbank, die spärigerweise nicht rund, sondern viereckig dreht, wieder eine andere, bei der der gleichmäßig schneidende Stahl fingerdicke Spannschlangen abstößt, die sich während des Ringens durch die Fize an der Schnittstelle in den Stahlanlaßfarben, gelb-purpur-blau, färben. Das ist die einzige Quelle, aus der man auf die Gewalt schließen kann, womit diese so lautlos sich vollziehende Arbeit geschieht. Gewaltige Ziehpressen

haben der Autoindustrie das Leben zu danken; mit einem Arbeitsgang werden die Karosserieteile gezogen und gepreßt. Fräsen, Schleifen, Hobeln führen den inneren gleichen erbitterten Kampf um die Seele des Produzenten. Noch schneller, noch genauer, noch billiger!

In Halle 8 vorn haben sich die Transmissionsfirmen einquartiert. Links in der Ecke gleich eine Riemenscheibe von 8 Meter Durchmesser, daneben eine Spanntrolle für Übertragung von ungefähr 1500 Pferden, weiter noch eine riesenhafte Reib-tupplung und ein gleiches Stieflager. Auch hier in der Kraft-übertragung das Bild des Ringens: Hier Elektromotor, dort Fahrrad, Riemen, Gummistriemen, gezahnte Gliederfette, Schneckenrad usw. Auch hier der Schrei nach dem höchsten Nutz-effekt: Nur in der Gesamtproduktion kümmert sich der Kapitalismus den Teufel darum!

Die Mitte der Halle füllt die Getriebechau, die von Kerneifrigen stets stark umringt ist und tatsächlich viel Anregung geben kann. Hinten hat sich die Radindustrie konzentriert und bringt die die heutige Gesellschaft kennzeichnende lustspielige und verwirrende Produktionsfülle.

In Halle 7 beherrscht Krupp, immer noch der Hegenmeister des Stahls, die Mitte mit seinen Spezialstählen. Silberglänzend und rostfrei, eignen sie sich für alle möglichen Behälter, Bestcke, sogar Zahnrad (Wipps)! In der Oberfläche mit Stidstoff legiert, werden sie glashart. Eine Aufreicherung des so gering geschätzten Eisens, die man kaum für möglich halten sollte. — Ein außer-ordentlich wendiger Kran, der bis 2 1/2 Tonnen hebt, fällt sofort in die Augen. Eine Kugelmühle zerfeinert so fein, daß alles durch ein Sieb von 18900 Maschen auf den Quadratzentimeter (kleinen Fingernagel) hindurchgeht!

Ein Drehscheiben-Bohrwerk, auf Trägern so gelagert, daß es Stüde jeder Größe zu bohren gestattet, findet gleichfalls auf-merktsame Zuschauer. Im übrigen verschwinden in diesem Raume von fast 10000 Quadratmeter die einzelnen Gegenstände, wenn sie nicht gelegentlich solchen Krach machen wie der Schaufellader, eine kleinere Ausführung von Druckluftschäufel, die gewaltige Granitbrocken schuft und für Tunnelbau gedacht ist, wo wenig Platz vorhanden ist.

Die Halle 6 zeigt sehr schöne Modelle von Bleichert. Vor allem das der Grimselpaß-Talsperre (die eben im Bau ist). An diesen Rabeln rollen zwei gewaltige Dieblenungsbrücken, von denen der Gleitbeton nach Bedarf in die Spermauer gegossen wird. Talsperrenbau-Rationalisierung, sehr wichtig für die Zu-kunft. Ebenso sieht man eine Abraumförderung mit Kabelstan und einige Selbstbahnen. Sonst ist die Halle meist der Textil-industrie gewidmet, deshalb muß auch die Luft durch Nebel-sprüher angefeuchtet werden.

Das Freigelände neben Halle 6 zeigt Wochenendziele, die im Schnee lustig genug wirken, Boote und dergleichen Bedarf für den Sommer, an den man schon fast nicht mehr glaubt.

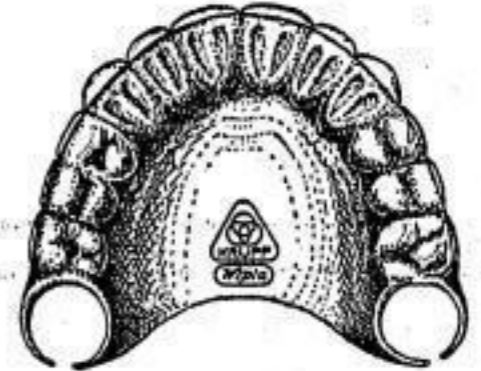


Abb. 3. Zahnrad aus rostfreiem Stahl.

Die Baumzüge mit Motorbetrieb, die wir in einem früheren Bericht bereits erwähnt haben, hat bereits Konkurrenz gefunden, muß also als zeitgemäß empfunden worden sein, wie alles, was im Zeichen der Rationalisierung, d. h. im Zeichen der Lohnersparnis steht.

Gleichfalls haben die Farb-Spritzanlagen wieder eine Ver-besserung erfahren; sie sind jetzt in einer Ausführung „ohne Ver-säufigung durch Farbstaub“ gezeigt.

In Halle 11 fällt gleich eine große autogene Schneid-anlage auf, die mit maschineller Schneidbrenner-Führung aus einer dicken Eisenplatte recht komplizierte Figuren herauschneidet.

Unweit davon fortort ein Apparat Stahlkugeln auf den 100stel Millimeter selbsttätig genau, indem er sie in verschlebene Risten fallen läßt, ein interessantes Beispiel, wie auch Prüf-genauigkeit mechanisiert werden kann. Im übrigen füllt diese Halle kleiner Werkstattdarstellungen und Werkzeugen. Es ist unglaublich, was da mitunter herausgeliefert ist!

Wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Darf das Krankengeld vom Gehalt gekürzt werden, wenn ein An-gestellter während seines Urlaubs erkrankt?

Nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches darf der Unternehmer im Falle der Erkrankung eines bei ihm beschäftigten Gehalts-empfangers diesem das Gehalt um den Betrag kürzen, den der Er-krankte von der Krankenkasse als Krankengeld erhält.

Wie verhält es sich aber, wenn der Gehaltsempfänger seine Tätigkeit nicht wegen Krankheit, sondern infolge seines Urlaubs unterbricht? Hat der Unternehmer auch dann das Recht, das Gehalt um den Betrag des Krankengeldes zu kürzen? Diese Frage ver-zurteilt das Reichsarbeitsgericht mit folgender Begründung (Art. 20. 6. 28 RAG 48/28):

„Ist die Frage des Abzugs des Krankengeldes im Falle einer Erkrankung während eines Urlaubs weder vertraglich noch gesetzlich (wie bei Handlungsgehilfen im § 63 des Handelsgesetzbuches) ge-regelt, so ist sie nach Treu und Glauben so zu entscheiden, wie es dem mutmaßlichen Willen der Parteien und der Billigkeit ent-spricht. Während bei einer Unterbrechung der Tätigkeit eines Arbeitnehmers durch Krankheit um dem Arbeitgeber durch den Ausfall seiner Dienste und die Weiterzahlung des Lohnes ein un-gewollter Verlust entsteht, für den er sich billigerweise am Kranken-geld schadlos halten mag, verrichtet der Arbeitgeber für die Urlaubs-zeit freiwillig nicht nur auf die Dienstleistungen, er verpflichtet sich auch zur Zahlung des vollen Lohnes. Den ihm hierdurch erwachsen-den, im voraus festzustellenden Ausfall kann und wird er in seine Geschäftskosten aufnehmen und durch Einrechnung in die Preise wieder einholen. Ihm dann auch noch das Krankengeld zuzusprechen, liegt hiernach kein Anlaß vor. Auf jeden Fall aber hat er sich frei-willig zur Zahlung des vollen Lohnes verpflichtet. Ihn nun von dieser Verpflichtung auch nur zum Teil zu befreien, weil der Arbeit-nehmer das Unglück gehabt hat, während des Urlaubs krank zu werden und seine freie Zeit nicht ausnützen zu können, würde jedem Billigkeitsglaubenden um so mehr widersprechen, als dem Ar-beitnehmer ein Erlaß für den verlorenen Urlaub nicht gewährt wird. Mit Recht greift hier die Erwägung durch, daß der Arbeit-nehmer den ganzen Nachteil seiner Erkrankung auf sich nehmen müsse, daß ihm dann aber billigerweise auch die sämtlichen Vorteila zukommen müßten.“

Die Kirchenabfindung

In Landtag lag am Dienstag zunächst eine kurze Anfrage der deutschnationalen Fraktion vor wegen Beschimpfungen der Religionsgesellschaften durch die kommunistische Presse.

Darauf wurde eine Regierungserklärung verlesen, in der es heißt, daß den Religionsgesellschaften der notwendige Schutz gegen Beschimpfung bereits durch die Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuchs gewährt wird. Derartige Beschimpfungen müßten daher zunächst zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gebracht werden. Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Leipzig habe wegen des Aufsatzes der Sächsischen Arbeiterzeitung vom 18. Dezember 1928: „Der liebe Gott im Krankenhaus“, bereits ein Ermittlungsverfahren wegen Vergehens nach § 108 StGB eingeleitet. Für die Regierung erübrigten sich bei dieser Sach- und Rechtslage weitere Maßnahmen.

Dann begründete der neue Kultusminister Dr. Wünger die Vorlage 73.

Die vorläufige Abfindung von Staatsleistungen an die Landeskirchen

und an die römisch-katholische Kirche (Bistum Meißen), sowie die Vorlage 74 über die öffentlich-rechtlichen Gesellschaften. Dabei gab er der Hoffnung Ausdruck, daß nach Annahme der Verträge mit den Kirchen die Streitigkeiten, die auch zur Anrufung der Gerichte geführt hätten, beendet sein werden. Staat und Kirchen seien daran gleichmäßig interessiert. Der Kirche sei nur das zugebilligt, was sie nach Recht und Gesetz zu beanspruchen hätte. Es sei der Rechtsstandpunkt betont worden. Beide Seiten hätten Zugeständnisse machen müssen.

Der Kommunist Henner begründete einen Antrag, der die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß eine endgültige Trennung von Staat und Kirche durchgeführt und daß jedes Sonderrecht für die Religionsgesellschaft aufgehoben wird. Auch sollen keine Zuwendungen aus Mitteln der Steuerzahler an die Religionsgesellschaften (die früheren Landeskirchen) gemacht werden dürfen.

Es kam zu einer langen Aussprache. Der deutschnationale Theologe und Oberstudienrat Siegert aus Chemnitz machte der Unten den Vorwurf, daß sie mit ihrem Widerstand gegen die Vorlagen nur die Trennung von Staat und Kirche verzögere. Jede parteipolitische Lösung dieser Frage müsse auf Abwege führen. Man dürfe sich nur auf den Rechtsstandpunkt stellen. Die Kirche habe auf ihre berechtigten Ansprüche nicht bestanden, sondern wesentliche Verzicht geleistet. Die Kirche verzichte nicht bloß auf einen Teil der rückzahlenden Rückstände, sondern auch auf die Verpflichtung, für die Landesdiakonie neue Räume zu schaffen. Der vorläufige Abschluß der Frage werde von seiner Fraktion begrüßt.

Hg. Hen (Soj.):

Herr Siegert hat die historische Entwicklung in den ersten fünf Jahren nach der Revolution bedauert. Ganz zu Unrecht! Wenn jemand die historische Entwicklung in Deutschland in dieser Richtung zu bedauern hat, so könnten es nur die Linksparteien sein (Sehr richtig! links). Denn wenn Herr Siegert auf die Artikel 138 und 139 der Reichsverfassung Bezug nimmt, so ist damit schon gesagt, daß uns bezüglich der beiden Vorlagen die Hände ziemlich gebunden sind. Soweit das Verhältnis von Kirche und Staat in Frage kommt, hat die Revolution ihre Aufgabe nicht erfüllt. (Sehr richtig! links.) An dieser Zweischichtigkeit leiden wir. Wenn Herr Siegert wünscht, daß die Vorlage sobald als möglich verabschiedet werde, so ist das begreiflich, denn so günstig wie jetzt, wird die Situation in diesem Landtag nie wieder werden. Wenn es gelänge, die Erledigung um Jahre hinauszuziehen, so könnten wir das nur begrüßen, denn es ist damit zu rechnen, daß dann die machtpolitischen Verhältnisse anders sind und der Reichstag eine andere Zusammensetzung aufweist, so daß zu hoffen wäre, daß die Grundzüge, die im Artikel 138 versprochen sind, doch nur in dem Sinne ausfallen können, daß das nachgeholt wird, was 1918/19 veräußert worden ist. Wenn Herr Siegert betont, das es sich nicht um eine parteipolitische Frage, sondern um eine reine Rechtsfrage handelt, so deswegen, weil er genau weiß, daß die heutige Einstellung der Gerichte der Kirche gegenüber durchaus günstig ist. Aber auch wenn man sich auf den Rechtsstandpunkt stellt, kann man die Vorlage nicht unbedingt hinnehmen. Ueber den Vertrag könnte man sehr gut das Motto schreiben: Die Kirche hat einen guten Magen! Es werden Gelder bewilligt, auf die die Kirche keineswegs einen rechtlichen Anspruch hat, auch wenn man sich auf den Boden der Reichsverfassung stellt, daß die Staatsleistungen an die Kirche gegen Entschädigung abzulösen sind.

Die Kirche soll künftig neben einer einmaligen Abfindung von 2 Millionen Mark eine jährliche Rente von 6 1/2 Millionen Mark bekommen.

In dem bekannten Schiedspruch des Reichsgerichts findet sich aber eine Beschränkung dieser Abfindung der bisherigen Staatsleistungen ausgeprochen, nämlich eine Beschränkung insoweit, als die Kirchensteuern dann nicht ausreichen, die Befolgung der Pfarrer zu decken.

Hierauf nimmt die Vorlage 73 in ferner Weise Bezug. Die Verfasser der Vorlage waren durchaus kirchlich eingestellt. Die Regierung hat aber die Verpflichtung, in allererster Linie die Staatsinteressen zu berücksichtigen und nicht die Interessen der Kirche. Zu bedenken ist auch, daß die Kirche nach Inkrafttreten der Reichsverfassung das Besteuerungsrecht erhalten hat. Das dürfte bei der Aufwertung nicht außer Betracht bleiben. Auch aus rein staatsrechtlichen Gründen muß die Vorlage abgelehnt werden.

Die Vorlage 74 ist noch viel gefährlicher, obwohl sie sich viel harmloser gibt. Diese Vorlage ist für uns vollständig unannehmbar, denn sie ist von kirchenfreundlicher und nicht von staatsrechtlicher Einstellung getragen.

Die Kirche soll wieder als Staat im Staate etabliert werden.

§ 21 aus der Vorlage heraus. Den Staat geht es überhaupt nichts an, was die Kirche mit ihren Mitgliedern macht. Wer nicht mit der Verantwortung durch die Kirche einverstanden ist, der mag aus der Kirche austreten. Auch § 3, der der Kirche behördliche Funktionen verleiht, ist abzulehnen, bezugnehmend, daß der Staat bei Dienstverfahren gegenüber Geistlichen helfen soll. Ganz unannehmbar ist auch die Bestimmung, daß die Kirche oder eine Einrichtung der Kirche berechtigt sein soll, die Zeugen vor sich zu verurteilen. Dieser Eingriff in die staatliche Hoheit darf nicht gebilligt werden. Besonders schlimm ist aber die Vorlage, soweit durch sie

das bisherige Kirchenaustrittsgesetz verhandelt

wird. Durch die vorgeschlagene Regelung ist auch eine unerhörte Belastung der Staatsbehörden gegeben. Das Standesamt soll binnen drei Tagen die Kirche benachrichtigen, zu dem durchgeführten Zwecke, damit der Pfarrer dem Austrittigen die Hölle heiß macht oder, was noch schlimmer ist, seiner Frau die Hölle heiß macht (Sehr richtig! links), damit diese dann auf den Mann einwirkt, daß er seine Austrittserklärung zurücknimmt.

Am schlimmsten aber ist, daß der Staat sich um die prinzipielle Frage herumdrückt, wie man Mitglied einer Kirche werden kann. (Sehr richtig! links.) Er will eben die reaktionäre Macht, die die Kirche hat, stärken. (Sehr richtig! b. d. Soj.) Diese Macht beruht ja nicht darauf, daß die Kirche mit einer so großen Zahl von Mitgliedern paradiert. Als Mitglieder können nur alle die gelten, die Sonntags die Kirche frequentieren. Alle indifferenten gehören der Kirche nicht an. Deshalb ist es wichtig, das Steuerrecht anders zu fassen als es jetzt der Fall ist. Es muß im staatlichen Interesse zweifelsfrei festgestellt werden, wer Mitglied der Kirche ist. Wir können es auch nicht dulden, daß mit Hilfe der Paragraphen 19 und 20 denjenigen, die aus der Kirche ausgetreten sind, die Totenbeibehaltung verweigert wird. Ueberhaupt bedarf der jetzige Rechtszustand bezüglich der Friedhöfe einer Klärung. (Sehr richtig! b. d. Soj.) Die Verwaltung der Friedhöfe ist vollständig in weltliche Hände zu legen.

Die Vorlage bedarf also einer sehr eingehenden Beratung im Rechtsausschuß. Aber auch bei einer gründlichen Umarbeitung kann man nicht ohne weiteres sagen, daß dann die Vorlage angenommen werden könnte, weil selbst bei Veränderung einzelner Paragraphen der kirchliche Geist, der die ganze Vorlage durchzieht, nicht aus ihr herauszubringen sein wird. Deswegen würde es das richtige sein, daß die Vorlage von der Regierung noch einer Revision unterzogen wird. Jedenfalls darf der Staat nicht in seiner Macht beschnitten werden, und deshalb ist die Vorlage für uns unannehmbar. (Beifall b. d. Soj.)

Der Demokrat Dr. Senfverth erklärte: Wir werden die Fragen unter dem Gesichtspunkt prüfen, daß es sich um eine Entscheidung von allergrößter kultureller Tragweite handelt. Die Tatsache, daß die Regierung vier Jahre gebraucht habe, um die Vorlage auszuarbeiten, zeige die großen Schwierigkeiten, die bestanden haben und die auch für den Landtag bestehen.

Für die Deutsche Volkspartei drückte der verunglückte Ministerkandidat, Herr Stemann, seine grundsätzliche Zustimmung zu beiden Vorlagen aus, die geeignete Grundlagen seien, im neuen Staate Kirche und Staat zu einer glücklicheren Gemeinschaft zum Wohle des Volkes zusammenzuführen. (Lachen links.)

Herr Renner machte die Entbedung, daß die Sozialdemokratie „absolut kirchenfreundlich“ ist und in Wirklichkeit nur ein Scheingefecht führe. Die andere kommunistische Richtung kam durch Stewerl zu Worte, der jede Finanzierung der Religionsgesellschaften ablehnte und sich ebenfalls an der Sozialdemokratie rieb.

Hbl. Harsh (Soj.):

Die leeren Bänke auf der rechten Seite des Hauses zeigen, daß die Herrschaften in der Verteidigung ihrer heiligsten Güter nicht allzuviel Kampfesmut aufzubringen vermögen. Hinter beiden Vorlagen steht nichts anderes als der machtpolitische Gedanke. Für die Einbringung der Vorlage im jetzigen Augenblicke liegt gar kein besonderer Grund vor, besonders auch im Hinblick auf die bevorstehende Etatsberatung. Harsh wies die Angriffe der SPD

Reute auf die SPD in gebührender Weise zurück und wies dann darauf hin, daß die Regierung im Etat nur zwei Geschenke bei der Hand habe, das eine bekanntlich für den Hausbesitz, und das andere für die Kirche. Hoffentlich halte die Gebefreudigkeit auch gegenüber anderen Institutionen (Volkshilfe) an.

In einer Zeit, wo die bescheidenen Mittel für die Gerichtshilfe, für die Winterhilfe und für die Kinderpflege abgelehnt werden, in einer Zeit, wo Hunderttausende unter der Erwerbslosigkeit leiden und wo um die Lösung des Wohnungsproblems schwer gekämpft wird, werden Millionen für die Kirche bewilligt, zu denen noch die Vermögen durch ihre Steuern beigetragen haben. Das ist unverantwortlich! (Sehr wahr! bei den Soj.)

Damit schließt die Aussprache. Vorlagen und Antrag Renner gehen an den Rechtsausschuß. — Schluß 19 Uhr. — Nächste Sitzung: Dienstag, 12. März.



Aus der Umgebung

Sum 25 jährigen Dienstjubiläum des Oberbürgermeisters

k. Am 10. März feiert Dr. Bellan sein 25jähriges Dienstjubiläum als Eisenburger Oberbürgermeister. Wenn auch gegen eine Ehrung nach 25jähriger Dienstzeit, ganz gleich, in welcher Stellung, nichts einzuwenden ist, so soll bei dieser Gelegenheit doch auf Wandelung in der Eisenburger „Bürger“schaft gegen die Verdon des Oberbürgermeisters hingewiesen werden. Raum vor Jahresfrist haben sich die bürgerlichen Zeitungen nicht nur in Eisenburg, sondern weit darüber hinaus mit der Verdon des angehenden Jubilars in geradezu geschmackloser Art beschäftigt. Heute merkt man von der damals vernichtenden Kritik an seiner Geschäftsführung nichts mehr. In den damaligen Artikeln ließen alle Kreise der Bürgerschaft, Handwerker, Geschäftleute, Hausbesitzer, Beamte usw. kein gutes Haar an ihrem Oberbürgermeister. Am 5. Februar 1929 aber erfahren in der Ortspresse, den „EZN“, ein Aufruf des Festausschusses aus den vorerwähnten Kreisen, der die gesamte Einwohnerschaft zur Teilnahme am Jubiläumstest auffordert.

Auch die vorletzte geschlossene Stadtverordnetenitzung beschäftigte sich mit dem Bürgermeisterjubiläum. Hier erklärte die SPD-Fraktion, daß sie gegen eine übliche Ehrung nach 25jähriger Tätigkeit wie bei jedem anderen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter nichts einzuwenden habe, daß aber städtische Mittel für einen Festsummel nicht in Frage kämen. Trotzdem wurden durch die Mehrheit der „sogenannten bürgerlichen Einzelstimme“ 600 Mk. für diese Veranstaltung bewilligt. Hier sieht man, wie das Geld verpulvert wird. Für dringende notwendige Einrichtungen ist aber kein Geld vorhanden, da muß „geparnt“ werden. Vielleicht will man damit die vorjährige schamlose Kampfesweise gegen den Oberbürgermeister etwas verblühen? Erst vor einigen Tagen, am 28. Februar, fand ein Jubiläum des Magistratsmitgliedes Stadtbaurates Lemke statt — ohne besondere Einladung, und die „EZN“ brachten nur eine kurze Mitteilung. Beim Bürgermeisterjubiläum wird es wohl auf einige Spalten nicht antommen!

Die Arbeiterkassette ist an diesem Festgelage nicht beteiligt. Weiß sie doch noch ganz genau, mit welchem „Wohlfühlen“ sie früher von dem Oberbürgermeister behandelt worden ist. Man denke nur an den Kampf um das ehemalige Schützenhaus, als es von der Arbeiterkassette als Gewerkschaftshaus erworben werden sollte. Auch sonst war Dr. Bellan ein Gegner des freitwillig gesammelten Proletariats. Wenn das auch nach dem Kriege etwas besser geworden ist, so deshalb, weil Dr. Bellan erkennen mußte, daß er ohne oder gegen die Arbeiterkassette nicht regieren kann. Umso mehr ist es bedauerlich, daß auch einige bekannte Parteigenossen den Aufruf unterschrieben haben, die selbst ein Lied von der Kampfesweise des Dr. Bellan singen könnten. Man sollte doch des Grundgedanges eingedenk sein: Achtung dem politischen Gegner, aber auch Achtung gegen sich selbst und die Partei!

Deshl-Martkeberg. Sparkassenverkehr. Bei der Gemeindeparkasse wurden im Monat Februar in 991 Fällen 92 115 Mark Einlagen bewirkt. Rückzahlungen erfolgten in 102 Fällen 30 344 Mark. Neue Bücher wurden 86 ausgefertigt. Bestand des Einlegerguthabens am Monatsende 2 600 312 Mark. Ausgabe von Sperrmarken. Auszahlung von Aufwertungsbeträgen an Bedürftige.

Berichtungs-Kalender

Mittwoch, 6. März 1929.
Bund soj. Freidenker, Ortsgruppe Leipziger-Dr., Reichshallen, 20 Uhr.
Donnerstag, 7. März 1929.
Bund soj. Freidenker, Ortsgruppe L. Westf. Felsenkeller, 19.30 Uhr.
Elektromonteur und Helfer (Betriebsrat und Vertrauensleute), Volkshaus, 19.30 Uhr.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Mehrere tüchtige Zementstampfer werden für sofort gesucht!

Mit Wohnungsmeldeschein und Arbeitsgenüßkarte von 8 bis 15 Uhr zu melden beim

Arbeitsamt Leipzig
Fachabteilung für Fabrikarbeiter
Sternwartenstraße 15/21, 1. Etage

Sauberer Schablonenschneider eventl. für Heimarbeit gesucht. Offerten unter M. 74 an die Expedition des Blattes, Tauchaer Straße 10/21.

Tücht. Reisende bei hoher Provision gesucht. Angeb. unter G. 100 an d. Filiale des Bl. Linden- thaler Str. 22 erbet

Offene Lehrstellen

sind für Ostern 1929 noch in größerer Anzahl, besonders in der Metallindustrie für

Bau- u. Konstruktionsschlosser
Dreher, Former usw.

zu besetzen

Meldungen umgehend an das

ARBEITSAMT LEIPZIG

Berufsberatung u. Lehrstellenvermittlung

Koblenzer Straße 1 :: Ruf: 18567 und 72111

Verkaufe

Von Herrschaften wenig getr. Herrs. Garderobe bill. zu vt. Adolph Wittels. Borkingstr. 12, p. Ein- u. Verkaufsbüch.

Nähmaschinen

ohne Anzahlung auf Teilzahlung von monatl. 8.- an. Erste Fabrikate. Offerten unter L. 73 an d. Exped. d. Bl. Tauchaer Str. 10/21

Billige Betten

Deckbett . . . 28.-
Rillen . . . 7.50

E. Seiborn
Otto-Schulz-Str. 2

Chaiselomp. u. Rost.
Turnerstr. 7, 1. Södl.

15 Stück neue u. geb. Hobelbänke v. 18 Mk. an Lind. Burgauerstr. 15

Bill. Bezugsquelle solider Möbel! Teilzahl. gestatte! Kizoch, Klingenstr. 35

Kaufgesuche

Gesucht

Zeitschrift „Die neue Zeit“, alle Jahrg. Off. m. Preisang. unt. K. 72 an d. Exp. des Blattes, Tauchaer Straße 10/21

Diverses

Frack-Dachs

verleiht alle Gesellschaftsauszüge Hainstraße 6

Vermietungen

Schlafstelle für jung. Herrn frei Branderburger Str. 8. III. l.

Wohnungen

Junger Parteilager, sucht febl. Schlafstelle bei Genossen Nähe Volkshaus. Off. V. 73 unt. d. Bl., Zeiber Str. 32

